

2 | forum 2 | EDITORIAL INHALT | forum 2 | 3

GEWerkschaft for future! – Future of GEWerkschaft?

ie GEW Köln unterstützt weiterhin den Klimastreik der Schüler*innen. Zum großen Streik am 15. März, bei dem 10.000 Teilnehmer*innen in Köln waren, hat unsere scheidende Geschäftsführerin Angela Banckert eine Rede gehalten und die Schüler*innen in unseren Demonstrationsblock am 1. Mai eingeladen, um ihnen auch hier die Möglichkeit zu geben, ihre Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Nicht nur, dass die streikenden Jugendlichen recht mit ihren Forderungen haben, wir freuen uns darüber hinaus über deren politisches Engagement. Jeder, der noch behauptet, die Jugend von heute sei eine No-Future-Generation, wird mindestens jeden Freitag eines Besseren belehrt.

Diese Dynamik der fridays for future – Generation ist beneidenswert. Es wäre zu wünschen, dass sich unsere GEW davon ein paar Scheiben abschneiden würde. Auf dem kommenden GEWerkschaftstag müssen dafür endlich die Weichen gestellt werden. Eine Gewerkschaft, die es immer weniger schafft, ihre Beschäftigten zu Streiks auf die Straße zu bekommen, muss sich immer fragen, ob sie alles richtig macht. "Viel erreicht!" war ein Flyer der GEW NRW zum Ergebnis der Tarifrunde 2019 übertitelt. Wenn unser Arbeitskreis Angestellte Lehrkräfte den Flyer erstellt hätte, hätte er jedoch wohl eher "Es reicht!" getitelt.

Sicher, wer als Gewerkschaft bei Tarifverhandlungen kämpft, kann verlieren, aber wer dies den angestellten Lehrer*innen als gutes Ergebnis verkaufen will, verliert die Motivation seiner noch aktiven Mitglieder.

Auch die wieder einmal viel zu spät eingetroffenen Leitanträge des Vorstandes für den GEWerkschaftstag zur Tarifpolitik sind enttäuschend und kommen einer tarifpolitischen Bankrotterklärung gleich. Es bleibt zu hoffen, dass die Delegierten hier ihrer historischen Pflicht nachkommen und entsprechende Korrekturen der Leitanträge durchsetzen. Es braucht Tarifforderungen, die die Beschäftigten vom Hocker reißen. Dafür wäre es das beste, eine Forderungsdiskussion wirklich offen und basisdemokratisch zu führen und nicht so wie das bisher auf den sogenannten Tarifkonferenzen der GEW NRW geschah.

Auch andere wichtige Themen stehen zu recht auf der Tagesordnung des GEWerkschaftstages. Die Kolleg*innen der GEW Rhein-Berg können ein Lied davon singen, vor welchen Herausforderungen kleine Untergliederungen ohne Geschäftsstelle stehen. Und fast alle Untergliederungen haben Probleme mit dem Generationenwechsel. Zwar können wir uns in Köln und im Rheinisch-Bergischen-Kreis glücklich schätzen, so aktive, politische und der GEW treue Ruheständler*innen zu haben, doch auch die kommenden Generationen müssen eine Zukunft in der GEW sehen.

Es grüßt euch eure "forum"-Redaktion

forum 2-2019

In Kurze	04
Kalenderblatt	06
Kontakte	07
Rhein-Berg	08
Tarifpolitik	12
Bildungspolitik	16
Fridays for Future	20
Internationales	24
Recht	30
Aktive Ruheständler*innen	32









Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf ww.gew-nrw.de sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Stadtverband Köln

Hans-Böckler-Platz 1 50672 Köln

Bezugspreis: 1,25 Euro. Für GEW-Mitglieder ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten. Leserbriefe geben nicht in jedem

Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Eva Hering Guido

Redaktion: Eva Hering, Guido Schönian (verantw. Redakteur),

Jutta Jilg, Stefan Schüller, Heiner Brokhausen

Geschäftsstelle:

Montag, Dienstag, Donnerstag 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr Mittwoch, 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr Freitag 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr

Telefon 02 21 51 62 67 Telefax 02 21 52 54 46

Homepage: www.gew-koeln.de E-Mail: kontakt@gew-koeln.de facebook.com/gewkoeln/

Konto: BBBank eG IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07

TELEFONISCHE RECHTSBERATUNG

02 21 51 62 67

Montag und Donnerstag 17.00 bis 19.00 Uhr und nach Vereinbarung

In den Ferien:

Landesrechtsschutzstelle 02 01 29 04 03 37

Druck: Zimmermann GmbH, Köln **Vertrieb:** GWK, Köln **Layout:** Atelier Goral, Köln **Titelfoto:** GEW Stadtverband Köln

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: Ausgabe 3/2019 Redaktionsschluss: 05.07.19 Erscheinungstermin: xxxx



Service für **GEW-Mitglieder**

Ticht alle wissen es vielleicht, die GEW-Mitgliedschaft bietet außer der Berufsrechtsschutz- und Berufshaftpflichtversicherung noch weitere unterschiedliche Vorteile bzw. Vergünstigungen. Einige davon möchten in den nächsten forum-Ausgaben vorstellen.

Lohnsteuerhilfe

Die jährliche Einkommenssteuererklärung ist für die meisten eher eine lästige Pflicht. Der Lohn- und Einkommensteuer Hilfe-Ring Deutschland e. V. (Steuerring) unterstützt GEW-Mitglieder zu vergünstigten Konditionen. Du kannst dort nicht nur Deine Einkommensteuererklärung in kompetente Hände geben, der Steuerring übernimmt auch die komplette Korrespondenz mit dem Finanzamt für Dich. Im Rahmen einer Mitgliedschaft berät der Lohnsteuerhilfeverein bei Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit, Renten und Pensionen. Als GEW-Mitglied sparst Du die Aufnahmegebühr und zahlst einen sozial gestaffelten Mitgliedsbeitrag. Weitere Infos unter: 0800-9784800 / www.steuerring.de

Verbraucherschutz

Mitglieder der GEW NRW profitieren vom umfangreichen Service der Verbraucherzentrale NRW: Sie kooperiert mit Lehrer*innen und Erzieher*innen in Schulen und Kitas und entwickelt spezielle Angebote. Die Verbraucherzentrale NRW mit mehr als 40 Verbänden und Zusammenschlüssen setzt sich für Verbraucherschutz ein und vertritt Verbraucherinteressen gegenüber Anbietern und Wettbewerbern. Für Mitglieder der GEW NRW stehen zur Verfügung:

- das Verbrauchertelefon speziell und kostengünstig für Mitglieder der GEW NRW
- · Rabatt beim Kauf von Materialien in den Beratungsstellen der Verbraucherzentrale
- kostenlos ausgewählte Ratgeber der Verbraucherzentrale
- · Kontakt und telefonische Beratung für Mitglieder der GEW NRW

Sie erreichen das Verbrauchertelefon für Mitglieder der GEW NRW mittwochs von 15 Uhr bis 17 Uhr unter: 0211-3809423. Die Beratung umfasst sachkundige, anbieterunabhängige Informationen bei verbraucherrechtlichen Fragen. Dazu zählen:

- Kaufverträge (Möbel, Computer, Auto etc.)
- Werkverträge (mit Handwerker*innen und Kundendiensten)
- · Dienstleistungsverträge (mit Fitnessstudios, Partnervermittlungen etc.)
- Reiserecht (Pauschalreisen, Billigflieger etc.)
- Telekommunikation und Internet (Telefon- und Mobilfunkverträge, Providerverträge etc.)

Weitere Infos der Verbraucherzentrale NRW unter: www.verbraucherzentrale.nrw



Wir fordern: Mehr Personal für mehr Qualität

- Mehr pädagogisches Personal pro Gruppe
- Personalbemessung nach aktuellen wissenschaftlichen Studien
- Der Personalschlüssel muss sich an Öffnungszeiten orientieren

Kleinere Gruppen:

Ü3 U3 + Ü3

- Auszubildende zusätzlich
- Ausbildungsoffensive
- Praxisintegrierte Berufsausbildung (PIA)
- Verbindliche Vor- und Nachbereitungszeiten
- Freistellung der Leitung
- Anteilige Freistellung der ständigen Stellvertretungen
- Ausreichend Hauswirtschaftskräfte

23. Mai 2019 in Düsseldorf • 14.00 Uhr: Zwei Demonstrationszüge 15.30 Uhr abschließende Kundgebung im «Rheinpark Golzheim»

NRW-weites Aktionsbündnis Mehr Große für die Kleinen

Gewerkschaften ver.di & GEW, dem DBB, Berufsverbänden, Personalräte, Vertreter*innen des Landeselternbeirates

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) wird mit dem Entzug des Status der Gemeinnützigkeit bedroht.

Es ist die älteste Organisation des deutschen Widerstandes und der Verfolgten des Naziregimes, in der Pastor Martin Niemöller, Kaplan Josef Rossaint, Peter Gingold, Emil Carlebach u.v.a.m. wirkten und wie Esther Bejarano noch wirken. Bitte helft! Unterzeichnet hier:

https://weact.campact.de/petitions/gemeinnutzigkeit-der-vvn-bdaerhalten

Spende für Südostafrika

Der Zyklon Idai hat im März weite Teile Südostafrikas überschwemmt und verheerende Zerstörungen angerichtet. Unzählige Menschen sind ums Leben gekommen, viele Menschen werden noch vermisst, hunderttausende sind obdachlos geworden. Die Lehrergewerkschaften ZIMTA und PTUZ in Zimbabwe und ONP in Mosambik unterstützen ihre Mitglieder und deren Familien in den Katastrophengebieten so gut es geht. Der Heinrich-Rodenstein-Fonds der GEW hilft ihnen dabei und bittet um Spenden für die Opfer der Katastrophe.

Spendenkonto

Heinrich-Rodenstein-Fonds Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale IBAN: DE88 5005 0000 0084 0001 24

BIC: HELADEFF Stichwort: Opferhilfe Zyklon Idai Termin-Vorankündigung

Vortrag und Diskussion mit Dr. Birgit Palzkill: Eine Schule für alle Geschlechter

Montag, 16.9.2019, 18-20h DGB-Haus Köln, großer Saal

Tährend es früher klar zu sein schien, dass es nur Männer und Frauen bzw. Jungen und Mädchen gibt, ändern sich die Vorstellungen von Geschlecht momentan gravierend. So ist im Geburtenregister seit 2018 neben "männlich" oder "weiblich" der Eintrag einer dritten Geschlechtsoption "divers" möglich. In jeder Klasse gibt es Schüler*innen, die lesbisch/ schwul/bi/transsexuell/intergeschlechtlich (lsbti*) sind, und auch für alle anderen ist die Auseinandersetzung darüber, inwiefern sie "richtige" Mädchen/Jungen sind, ein bedeutendes Thema. Schule hat die Aufgabe, Schüler*innen bei diesen Auseinandersetzungen zu stützen, Diskriminierungen zu unterbinden und allen eine umfassende Entwicklung zu ermöglichen. Dies gilt insbesondere für trans* und intergeschlechtliche Schüler*innen. Die meisten dieser Schüler*innen trauen sich gar nicht, sich in der(Schul-)Öffentlichkeit zu outen, und falls sie es doch tun, ist oftmals die Verwirrung groß, es geht um Anreden und Dokumente, Klassenfahrten. Toiletten und Umkleiden. Was können Lehrkräfte tun, um eine Schule der Vielfalt zu entwickeln, die allen Schüler*innen unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung gerecht wird und insbesondere auch trans* und intergeschlechtliche Schüler*innen unterstützt?

Dr. Birgit Palzkill war Lehrerin für Sport und Mathematik und forscht seit mehr als 30 Jahren zu Geschlechterfragen. Sie berät das Kompetenzteam "Gender und Diversity" der Bezirksregierung Köln. Im Oktober 2019 erscheint im Cornelsen-Verlag das Buch "Diversität, geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in Schule und Unterricht", das sie zusammen mit Frank Pohl und Heidi Scheffel geschrieben hat.

CSD-Termine 2019

Pädagogisches Fachgespräch "Coming-out in der Schule!?"

as Coming-out in der Schule ist für viele ein Balance-Akt zwischen Akzeptanz und Ablehnung. Beim Pädagogischen Fachgespräch von Schule der Vielfalt wird im Austausch die Situation an den Schulen reflektiert und das Pro und Kontra des Coming-outs thematisiert.

Zielgruppen der Veranstaltung sind (angehende) LSBTI*Q-Lehrkräfte, Lehramtsstudierende sowie pädagogisch in Schulen Tätige (z.B. der Schulsozialarbeit).

Pädagogisches Fachgespräch von Schule der Vielfalt in Kooperation mit der AG LSBTI* der GEW NRW

Dienstag, 25. Juni, 19.30-21.30 Uhr

Ort: rubicon, Rubensstr. 8-10, 50676 Köln

Aufgrund der erfahrungsgemäß starken Nachfrage und der begrenzten Plätze für die Kleingruppengespräche wird um frühzeitige Anmeldung gebeten.

Kontakt und Anmeldung bei Frank G. Pohl (NRW-Fachberatungsstelle des Antidiskriminierungsprojekts Schule der Vielfalt): pohl@schule-der-vielfalt.de

Treffen des Arbeitskreises Homosexuelle Lehrkräfte der GEW Köln:

Donnerstag, 6. Juni, 19h Donnerstag, 4. Juli, 19h Freitag, 6. September, 19h Ort bitte noch einmal per E-Mail erfragen: bodo.busch@netcologne.de

Vorstellung der LSBTI*-Arbeitsplatzstudie "Out im office!?"

7 or einem Jahr stellten wir in der Veranstaltung "Antidiskriminierung für Lehrkräfte und Personalräte" Ergebnisse einer Befragung von LSBTI* Lehrkräften durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) und Schutzrechte nach dem

Dieses Jahr lädt der befreundete ver.di-Arbeitskreis Regenbogen ein zur Vorstellung von Ergebnissen der LSBTI*-Arbeitsplatzstudie "Out im office!?" (über alle Berufe) des Kölner Instituts für Diversity und Antidiskriminierungsforschung (IDA), die ebenfalls im Auftrag der ADS erstellt wurde, durch Studien-Mitautor Florian Meinhold.

Dienstag, 2. Juli, vermutlich um 18 Uhr

DGB-Haus Köln, großer Saal

GEW-Fußgruppe bei drei CSD-Demos in Köln und NRW

Die AG LSBTI* lädt ein zur Teilnahme an CSD-Demos oder Paraden als GEW-Gruppe mit GEW-Regenbogen-T-Shirts, Ballons, Transparent und kleinen Info-Zetteln. Fotostrecken vom letzten Jahr in Köln und Düsseldorf finden sich bei den Artikeln "CSD in Köln: ..." und "LSBTI*-Lehrkräfte ... bei der CSD-Demo" ziemlich weit unten unter "Weiterlesen: "" auf der Seite "sexuelle Vielfalt" der GEW NRW (www.lsbti.de). 2019 wollen wir bei folgenden NRW-CSDs Sichtbarkeit demonstrieren:

in Köln am Sonntag, 7.7.

in Münster am Samstag, 31.8.

in Dortmund am Samstag, 14.9.

Wer mitgehen möchte, melde sich bitte wegen Treffpunkt, T-Shirt(-Größe) usw. rechtzeitig vorher bei Bodo Busch: bodo.busch@netcologne.de

WANN, WO, WAS, WER

Termine im Überblick

MAI 2019

21.05.19, 9 Uhr, LR-Schulung "Basisqualifizierung" in Köln

23.05.19, 14 Uhr Demo "Mehr Große für **die Kleinen"** in

Düsseldorf, Rheinpark Golzheim

23. bis 25.05.19, **Gewerkschaftstag** in Essen

27.05.19, 17 Uhr, Delegiertenwahl Haupt**schule**, Großer Saal (1. OG)

28.05.19, 9 Uhr, LR-Schulung "Mitbestimmung" in Köln

28.05.19, 17.30 Uhr, Fachgruppe Gesamt**schule**, Großer Saal (1. OG)

28.05.19, 18.30 Uhr, Fachgruppe Gymna**sium**, Thema: "G9 - Wie geht's weiter mit dem Ganztag?" mit Wahl der Delegierten für die BDV und Vorbereitung der Personalratswahl 2020 (Kölner Wahlliste), kleines Sitzungszimmer (1. OG)

Sommerferien vom 15. Juli bis 27. August 2019

JUNI 2019

03.06.19, 18 Uhr, AK Lehrer*innen und Erzieher*innen von Migrant*innenkindern (LEMK), Jugend-

04.06.19, 18.30 Uhr, Dienstagstreff der jun**gen GEW**, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

04.06.19, 19 Uhr, Delegiertenwahl Grundschule, Tagungsraum (EG)

05.06.19, 18 Uhr, AK Offener Ganztag, Tagungsraum (EG)

06.06.19, 17.30 Uhr, Delegiertenwahl Gymnasium, Tagungsraum (EG)

06.06.19, 19 Uhr, AK Homosexuelle Lehr**kräfte**, Jugendraum (Hinterhof)

12.06.19, 18 Uhr, Veranstaltung "Räumliche Zumutung in Kitas und Schulen", Großer Saal (1. OG)

12.06.19, 18 Uhr, Fachgruppe Berufskolleg, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

17.06.19, 18 Uhr, Ausschuss Angestellte Lehrkräfte, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

17.06.19, 18 Uhr, Veranstaltung "Wie geht Schulaufsicht mit Schulleitung um?", Tagungsraum (EG)

18.06.19, 10 Uhr, Delegiertenwahl Gesamtschule, Große Saal (1. OG)

18.06.19, 11 Uhr, **Aktive** Ruheständler*innen, Führung "Hexenverfolgung in Köln"

19.06.19, 18 Uhr, Bezirksdelegiertenversammlung Realschule, Großer Saal (1. OG)

> Wenn nicht anders angegeben finden alle **Termine** im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, statt.



JULI 2019

01.07.19, 18 Uhr, AK Lehrer*innen und Erzieher*innen von Migrant*innenkindern (LEMK), Tagungs-

02.07.19, 18.30 Uhr, Fachgruppe Gesamtschule, Tagungsraum (EG)

02.07.19, 18.30 Uhr, Sommergrillen mit der jungen GEW, Jugendraum (Hinterhof)

08.07.19, 18 Uhr, Ausschuss Angestellte **Lehrkräfte**, Jugendraum (Hinterhof)

11.07.19, 11 Uhr, Aktive Ruheständler*innen, Führung durch das LVR-Industriemuseum in Engelskirchen

AUGUST 2019

21.08.19, 11 Uhr, Aktive Ruheständler*innen, Stadtrundgang auf den Spuren von Ewald Mataré

SEPTEMBER 2019

03.09.19, 18.30 Uhr, Dienstagstreff der **jun**gen GEW, kleines Sitzungszimmer (1. OG)

06.09.19, 19 Uhr, AK Homosexuelle Lehrkräfte, Jugendraum (Hinterhof)

06. bis 7.09.19, **GEW aktiv**

Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204, joerg.buschmann@gew-nrw.de Thomas Wesseler, 0241-911326, thomaswesseler@arcor.de

ERWACHSENENBILDUNG

Max-Georg Beier, 0221-361812, maxbeier@hotmail.com Sandra Langer,

lesen.bildet@gmx.de Klaus Mautsch, klaus@mautscherholz.de

GESAMTSCHULE

Peter Heim, 0221-743094, peter.heim@posteo.de Werner Balfer, 0221-745180, w.balfer@posteo.de

GRUNDSCHULE

Martina Schütte, 02236-321318, schuette-martina@web.de Anke Bieberstein, 0221-213788, a.bieberstein@arcor.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633, fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354, heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein, 0221-9458678, andreas.haenlein@yahoo.de Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833,

skeide panek@web.de

HAUPTSCHULE

Karin Distler, 0221-3981291, karin.distler@gmx.net Claudia Seidel, claudia. seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Anne Klein. anne.klein@uni-koeln.de

REALSCHULE

Maria Backhaus, 0221-16932167, mariabackhaus@netcologne.de

Katrin Reininghaus, 0221-331647, katrin.reininghaus@online.de

Elke Görgen-Schmickler, 0221-419327, elkegoergen@web.de

SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann, 0177-8239728 timohemmesmann@gmx.de Christiane Balzer, 0221-9524740 chribalzer@netcologne.de

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Brunhilde Seeber, brunhilde.seeber@icloud.com

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Helga Löbbert, 0221-7123869, klein-loebbert@netcologne.de

Silke Weinberger-Brümmer, 0221-763379, nc-weinbesi2@netcologne.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Hildegard Achilles, 0221-2778448, abhikachilles@web.de

Christina Krautwurst, christinakrautwurst@gmx.de Gudrun Skeide-Panek. 02232-29833, skeide_panek@web.de

Peter Heim, 0221-743094, peter.heim@posteo.de

HOMOSEXUELLE LEHRKRÄFTE

Bodo Busch. 0221-9232930. bodo.busch@netcologne.de Björn Kiefer, 0170-9913326, b.kiefer1@gmx.de

JUNGEGEW/STUDIERENDE

Martin Mackenbach, martin.mackenbach@gew-nrw.de Anneka Hündgen, hib-koeln@gew-nrw.de

LEHRER*INNEN UND **ERZIEHER*INNEN VON MIGRAN-TENKINDERN (LEMK)**

Beate Kleifgen, beatekleifgen@web.de

Hasan Taşkale, 02204-55869, taschkale@gmx.de

Mustafa Ayırtır (HSU), 0172-7536269, ayirtir mustafa@hotmail.de

Helma Rohm-Schnak, helnorosch@unitybox.de

OFFENER GANZTAG

Alexandra Klöckener, a.kloeckener@online.de

Eckhard Riedel, eckhard-riedel@gmx.de

Hans Raatz, raatz_hans@hotmail.com

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200, uschi.kellermann@gmx.de

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Klaus Minartz, 0221-526722, klaus.minartz@netcologne.de



www.gew-koeln.de



Ein Gespräch mit Mitgliedern des Vorstandes der GEW Rhein-Berg// Das Interview führte Stefan Schüller, Mitglied der "forum"-Redaktion

forum: Wieso seid Ihr in die GEW eingetreten?

ANGELA: Nach meinem Studium bin ich zeitgleich in die SPD und in die GEW eingetreten, weil ich mich politisch einbringen wollte. Ich war damals in der Friedens- und Frauenbewegung aktiv.

MIRKO: Ich bin bereits während meines Studiums GEW-Mitglied geworden. Das lag sicherlich auch daran, dass es bei uns in der Familie eine Tradition des gewerkschaftlichen Engagements gibt.

JOACHIM: Bei mir hat das eine ganz andere Geschichte. Ich bin von Hause aus Ingenieur und erst zur Zeit des Mangelfacherlasses mit der Möglichkeit der Verbeamtung Lehrer geworden. Dieser Erlass wurde dann während meiner Lehramtsausbildung über Nacht zurückgezogen, so dass viele Seiteneinsteiger*innen wie ich in den neuen TVL eingruppiert wurden. Dieses hatte ein Nettogehalt von 1370 Euro zur Folge, worauf sich viele organisiert haben und auch in die GEW eingetreten sind. Schon nach wenigen Wochen konnte erreicht werden, dass die Betroffenen ca. 500 Euro Netto mehr verdient haben. Das war u. a. die Motivation sich aktiv in der GEW zu engagieren.

forum: Was sind momentan die Arbeitsschwerpunkte der GEW

ANGELA: Die Schwerpunkte unserer Arbeit im Vorstand bestehen seit langem darin, Fortbildungen für unsere Mitglieder zu organisieren. Die Mitglieder bei uns bestehen vor allem aus Lehrer*innen. Wir haben bei uns keine Hochschulen und Studienseminare. An die

Kitas sind wir bisher nie so rangekommen, weil wir keine städtischen Kitas haben. Wir haben im Kita-Bereich eine stark gefächerte Trägerschaft von AWO bis hin zu kirchlichen Trägern. Deshalb ist es schwierig mit der Organisation der Kolleg*innen. Ähnliches gilt für den OGS-Bereich. Im OGS-Bereich ist die Organisation schwierig, da viele Beschäftigte dort keine volle Stelle haben. Wer unter solch prekären Bedingungen arbeitet, der geht auch nicht unbedingt in die Gewerkschaft, auch wenn das Engagement dann gerade am nötigsten wäre, aber das ist oft eine Kosten-Nutzen-Frage. Da beißt sich die Katze in den Schwanz. Das kennen wir auch von uns. Gerade dann, wenn die Arbeitsbelastung stark zunimmt, wäre mehr Engagement in der Gewerkschaft vonnöten. Sich jedoch dafür die Zeit zu nehmen, ist nicht leicht.

MIRKO: Unserer klassischen Fortbildungen drehen sich um die Themen "Lehrerräte", "Schulrecht" und "Beihilfe", aber es kommen auch neue Themen dazu wie "Präsenz im Klassenzimmer", "Stimme" und "Schulbegleiter*innen". Zu Schulbegleiter*innen haben wir eine sehr erfolgreiche Veranstaltung für die Förderschulen gemacht. Wir werden diese Veranstaltung demnächst auch für andere Schulformen anbieten. Bei der letzten Jahreshauptversammlung haben wir sehr rege darüber diskutiert, welche Unterstützung die Schulen in rein verwaltungstechnischen Arbeitsabläufen bekommen sollten. Es gibt hierzu Richtlinien für Kommunen, die jedoch Transparenz und Klarheit vermissen lassen. Wer von Entlastung spricht, sollte das Thema aber professionell angehen. Wer nimmt denn die Schulpost an, wenn das Sekretariat nur an zwei Tagen in der Woche besetzt ist? Wer kümmert sich bei Schneefall um das Aufräumen des Schulhofes, wenn der Hausmeister nur einmal die Woche vor Ort ist?

forum: Wie unterscheidet sich die Arbeit der GEW Rhein-Berg von der Arbeit größerer Untergliederungen wie beispielsweise der Bergischen-Kreis aus? Arbeit des Stadtverbandes Köln?

ANGELA: Wir können leider nicht so professionell agieren wie größere Untergliederungen. Wir haben kein Büro, keine Geschäftsstelle. Wir machen alles ehrenamtlich. Der Versand von GEW-Materialien oder Infopost geht etwas schleppender voran als woanders. Das ist insbesondere dann problematisch, wenn Materialien wie jetzt beim Streik zeitnah verschickt werden müssen. Dafür wollen wir noch eine Lösung in Zusammenarbeit mit der Kölner Geschäftsstelle finden.

JOACHIM: Ein Unterschied ist auch die Fachgruppenarbeit. Wir haben im Rheinisch-Bergischen-Kreis weniger Schulen als ein großer Stadtverband. Eine Fachgruppe Grundschule bekommt man noch zusammen, aber Fachgruppen für andere Schulformen wie Berufskollegs, Gymnasien oder Gesamtschulen gibt es deshalb bei uns kussion um die Schulneugründung in Köln-Ossendorf gesehen hat.

ANGELA: Daher sind Veranstaltungen bei uns in der Regel schulformübergreifend. Außerdem verweisen wir auf Fachgruppentermi- JOACHIM: Generell wünschen wir uns auch im Rheinisch-Bergine von benachbarten Untergliederungen. Die Fachgruppenarbeit bei uns steht und fällt auch damit, ob man engagierte Personalräte vor Ort hat. Da, wo das zutrifft, können wir für die Kolleg*innen auch mehr Angebote machen. Für uns ist es in Zukunft essentiell, dass wir rungen suchen.

MIRKO: Wir unterstützen als Vorstand die Kolleg*innen, die eine Veranstaltung machen wollen, wo wir können. Allerdings haben wir forum: Welche Wünsche habt Ihr an die Politik? keine festen Räumlichkeiten. Wir mieten beispielsweise im Bürgerzentrum Räume an. Die müssen früh genug gemietet werden und es fallen entsprechende Kosten an.

forum: Wie läuft es bei Euch mit dem Generationenwechsel?

ANGELA: Wir haben viele sehr aktive ältere Mitglieder. Das ist eine Generation, die steht ohne Wenn und Aber zur GEW. Die aktiven Ruheständler*innen bei uns arbeiten mit den Kölner*innen eng zusammen und machen jede Menge tolle Veranstaltungen. Bei den jüngeren Mitgliedern beobachte ich, dass viele während der Familien- setzt werden, was die Kolleg*innen umso mehr belastet. gründung oft nicht die Zeit für gewerkschaftliches Engagement finden. Erst ab 40, wenn bei vielen die Familienphase fortgeschritten JOACHIM: Auch wenn es uns besser geht als beispielsweise Komist, bringen sich viele Mitglieder dann wieder konstant ein.

JOACHIM: Ich beobachte, dass es in vielen Kollegien einen radikalen Generationenwechsel gegeben hat/gibt. Die jungen Kolleg*innen müssen sich erst einmal in die Abläufe der Schule und die eigene Unterrichtsorganisation einarbeiten. Hinzu kommen ganz neue Her- MIRKO: Auf dem Papier sind die Schulen oft gut besetzt, aber ausforderungen wie Inklusion und Integration, die es früher in dieser Form nicht gegeben hat. Dann bleibt kaum noch Zeit für gewerkschaftliches Engagement. Das Engagement fließt in die Schule vor Unterstützung des Kollegiums angewiesen sind. Die Arbeitsbelas-Ort. Ich glaube nämlich nicht, dass die Kolleg*innen unpolitischer tung steigt insgesamt. Da muss die Landesregierung endlich gegengeworden sind.

MIRKO: Das sehe ich anders. An manchen Schulformen mag es noch politischer zugehen, aber insgesamt beobachte ich schon, dass viele Kolleg*innen den Sinn von Gewerkschaftsarbeit nicht erkennen und sich arbeitsrechtlich kaum auskennen. Das mag nicht nur dem Zeitgeist geschuldet sein, sondern auch der Tatsache, dass die Arbeitsbelastung in den letzten Jahren gestiegen ist. Viele Förderschullehrkräfte wissen noch nicht einmal, an welchen Schulen sie nächstes en uns über alle, die mitmachen wollen. Kommt bei den Veranstal-Schuljahr eingesetzt werden. Wie sollen sie da noch die Zeit für politische Arbeit und gewerkschaftliches Engagement finden?

forum: Wie sieht es mit auslaufenden Schulen im Rheinisch-

ANGELA: Bei uns sind viele Haupt- und Realschulen ausgelaufen und neue Schulen entstanden. Die GEW-Kolleg*innen sind teilweise bei den neuen Schulen - vorwiegend Gesamtschulen und Sekundarschulen - untergekommen. Wir wollen dort die GEW-Arbeit aufbauen. Es ist für uns allerdings schwieriger als für einen Stadtverband wie Bonn oder Köln, die Schulpolitik zu verfolgen und kritisch zu begleiten. Dies liegt nicht nur daran, dass wir weniger Ressourcen haben, sondern auch daran, dass es im Rheinisch-Bergischen-Kreis acht Gemeinden gibt, die alle ihre eigene Schulpolitik machen.

MIRKO: Wir werden als GEW Rhein-Berg leider auch nicht zu schulpolitischen Entscheidungen von der Politik angehört oder von den Medien befragt. In Köln ist auch das anders, wie man jetzt in der Dis-Da war die GEW Köln sofort in der Zeitung. Den Kontakt zur Presse im Rheinisch-Bergischen-Kreis wollen wir daher langsam aufbauen.

schen-Kreis mehr Gesamtschulen. In Bergisch Gladbach z. B. ist es gegen den Willen der Mehrheitsfraktion CDU vor ein paar Jahren geglückt, mit der Nelson-Mandela-Gesamtschule eine zweite Gesamtschule zu etablieren. Die Politik konnte irgendwann nicht mehr in den Schulformen, wo wir selber keine Personalräte vor Ort haben, an der Tatsache vorbei, dass an der IGP (Integrierte Gesamtschudie Kooperation mit den GEW-Personalräten anderer Untergliede- le Paffrath) jedes Jahr hundert Kinder abgelehnt werden mussten. Auch wenn es nicht nur der GEW Rhein-Berg zu verdanken ist, ist die Schaffung einer weiteren Gesamtschule ein Erfolg für uns.

ANGELA: Jede Menge! Die bauliche Situation muss an vielen Schulen dringend verbessert werden, gerade auch in Bezug auf den Lärmschutz. Wir wünschen uns für die außerunterrichtlichen Aufgaben an Schulen mehr Unterstützung, dies betrifft vor allem Hausmeisterund Verwaltungstätigkeiten. Der Lehrkräftemangel ist im Rheinisch-Bergischen-Kreis insgesamt zwar nicht so gravierend wie in anderen Kreisen und Städten, trotzdem gibt es an manchen Schulformen einen großen Mangel. Vertretungsstellen an Grundschulen können praktisch nicht mehr mit ausgebildeten Grundschullehrer*innen be-

munen im Ruhrgebiet, muss man, was die Personalsituation betrifft. festhalten: Gut ist sie auch nicht. Gut ist anders, gut wäre eine ausreichende Vertretungsreserve und genügend Sonderpädagog*innen, um Inklusion überhaupt umsetzen zu können.

was heißt das schon. Dazu werden in letzter Zeit vermehrt Quereinsteiger*innen eingesetzt, die im Berufsalltag zunächst auf die

ANGELA: Unsere Forderungen an die Politik - egal ob sie nun an die kommunale oder die Landesebene gerichtet sind – lassen sich besser umsetzen, wenn viele Mitglieder sich einbringen. Deshalb nochmal zum Schluss: Vielen Dank an diejenigen Mitglieder im Rhein-Berg-Kreis, die uns tatkräftig unterstützen. Ihr seid toll! Und ein Aufruf an alle Mitglieder und diejenigen, die es noch werden wollen: Wir freutungen vorbei und bringt Euch ein. Die GEW Rhein-Berg lebt vom Engagement ihrer Mitglieder.

10 | forum 2 | GEW RHEIN-BERG | forum 2 | 11



Über 50 Jahre in der GEW Heide Erle, Franz Rosenthal, Gisela Steinbach, Ingrid Padberg, Hans-Dieter Wachs, Inge Gronemeier und Klaus Farber (v.l.n.r.)

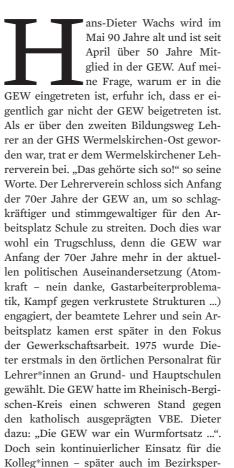
Jubilarehrung im Kreisverband Rhein-Berg

ie letzte Jubilarehrung lag drei Jahre zurück, sodass die stolze Zahl von 96 zu ehrenden Mitgliedern für 25, 40 und über 50jährige Mitgliedschaft in der GEW auf dem Programm stand. Wir luden ein zu einer Bergischen Kaffeetafel. 43 Jubilar*innen folgten der Einladung. Besonders erfreut waren wir, dass alle Mitglieder, die 50 und mehr Jahre der GEW treu geblieben sind, anwesend waren. In gemütlicher Runde kam es zu vielen interessanten Gesprächen über Gewerkschaftsarbeit und GEW-Personalratsarbeit früher und heute. Mirko Komenda vom Leitungsteam des Kreisverbandes stellte fest, dass gegen den allgemeinen Trend viele Mitglieder im Rheinisch-Bergischen-Kreis auch nach der Pensionierung in der Gewerkschaft verbleiben, weil sie die Ziele der GEW und die Arbeit vor Ort weiter unterstützen wollen. Als Dank für die langjährige Mitgliedschaft erhielten die anwesenden Jubilarinnen und Jubilare einen Buchgutschein.

"Die GEW war ein Wurmfortsatz …"

Der Kreisverband Rhein-Berg gratuliert Hans-Dieter Wachs

Homage an ein Urgestein aus dem Bergischen // Helga Pennartz, Aktive Ruheständlerin



sonalrat – trug dazu bei, dass 1990 die GEW-Fraktion im Rheinisch-Bergischen-Kreis zum ersten Mal den Personalratsvorsitzenden in Person von Dieter Wachs stellte.

Der Rheinisch-Bergische-Kreis ist ein Flächenkreis und zum Ende der 80er Jahre gab es etliche Ortsverbände und den Stadtverband Bergisch Gladbach. Die einzelnen Institutionen waren finanziell gut ausgestattet, aber für Lehrer*innen und Bedienstete wurde vor Ort zu wenig angeboten. In vielen Gesprächen erreichte Dieter Wachs 1993 einen Zusammenschluss der Ortsverbände (Wermelskirchen, Leichlingen, Sülztal, Burscheid etc.) und dem Stadtverband Bergisch Gladbach zum GEW-Kreisverband Rhein-Berg, dessen Vorsitzender er dann für die ersten beiden Jahre wurde. 1993 schied Dieter auf Antrag aus dem aktiven Schuldienst aus.

Leidenschaft Reisen

Dieters große Leidenschaft ist und bleibt das Reisen. Die Senior*innen kreierten umgewandelt nach einem alten Volkslied den Spruch: "Das Reisen ist des Wachsens Lust …".

Als Fachleiter für Geschichte organisierte er ab Anfang der 70er Jahre Reisen nach Berlin, Moskau und Prag. 1985 machte er als Reiseleiter mit der GEE seine erste China-Reise. Sieben weitere Reisen jetzt primär mit



An zwei dieser Reisen habe ich teilgenommen. Sie waren organisatorisch super vorbereitet, wir besuchten nicht nur übliche Touristenattraktionen. So waren wir schon 1993 bei den Miaos und den Uiguren, die zu den Minderheiten in China gehören. Wir schauten unterschiedlichste Schulen, Schulformen auf dem Land und in der Stadt an, erklommen heilige Berge ...

Als Ruheständler organisierte Dieter

Als Ruheständler organisierte Dieter von 1996-2004 insgesamt acht Reisen für aktive Ruheständler*innen im RBK und im Großraum Köln. Diese Busreisen hatten ausschließlich die neuen Bundesländer zum Ziel. Von Teilnehmern dieser Reisen erfuhr ich, dass sie sich nach den Reisen als "Neue-Bundesländer-Experten" verstanden – mit viel Wissen und Eindrücken, die sie weitervermitteln konnten.

Heute reist Dieter immer noch gerne – mit alten Kolleg*innen, mit seinen Töchtern oder Enkelkindern. Im April war er in Moskau und St. Petersburg. Es werden sicherlich noch weitere Reisen folgen. Das Team der aktiven Ruheständler*innen in Köln und Rhein-Berg freut sich jedes Jahr auf ein gemeinsames Abendessen in Wermelskirchen. Mit vielen Geschichten und Anekdoten wird es immer ein kurzweiliger Abend.

Tarifrunde 2019















Gute, kämpferische Stimmung mit engagierten Kolleginnen und Kollegen bei der Kundgebung vor dem DGB-Haus







2. Streiktag am 26.2.

mit Demo in Düsseldorf Über 10 000 Teilnehmer*innen Eintreffen der Gruppen vorm DGB-Haus Demonstrationszug zum Landtag



Der Streiktag in Köln verlief sehr positiv. Es gab großes Engagement und einen regen Austausch. Wünschenswert ist eine bessere Planung, Organisation und Abstimmung der Aktionen mit verd.i. Hierbei kann die auf der Mitgliederversammlung am 20.3.2019 vorgeschlagene, zusätzliche Streikleitung des GEW-Stadtverbandes zukünftig eine große Hilfe sein.

Die zentrale Demonstration in Düsseldorf war gut besucht und unter anderem durch die musikalische Auflockerung sehr stimmungsvoll. Da auch vor dem DGB-Haus eine Kundgebung stattfand, nahmen die Redebeiträge insgesamt zu viel Raum ein. Eine zentrale Kundgebung vor dem Landtag erscheint ausreichend.

Ein gemeinsamer Kölner Demonstrationsblock ist erstrebenswert aber bei unterschiedlichen Anreiseverkehrsmitteln mit verschiedenen Ankunftszeiten nicht so leicht zu organisieren.















SchaLL und Tarifrauch -

Versuch eines Beitrags zur Strategie im Umgang mit konkurrierenden Gruppierungen, die sich selber Gewerkschaften nennen // **Stefan** Schüller, Mitglied des AK Angestellte der GEW Köln

m Umgang mit Organisationen wie der "Schutzgemeinschaft angestellter Lehrerinnen und Lehrer" (SchaLL) neigt manche*r Kolleg*in in der GEW dazu, sich über deren Forderungen zu echauffieren, anstatt die Kolleg*innen von der GEW zu überzeugen. Letzteres ist im doppelten Sinne wichtig. Zum einen müssen die eigenen Mitglieder immer wieder motiviert und zum anderen neue Mitglieder geworben werden. Beides geht nur, indem authentisch und mit aller Kraft für bessere Arbeitsbedingungen gestritten wird. Dabei darf die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit als gewerkschaftliche Grundforderung niemals fallen gelassen werden. Wenn die selbsternannte Schutzgemeinschaft SchaLL EG-15 für die angestellten Kolleginnen und Kollegen fordert, so darf niemand von uns diese Forderung als illusorisch abtun, denn sie ist im Kern die Forderung nach der gleichen Bezahlung angestellter Lehrkräfte. Was sollen denn die Kolleginnen und Kollegen von einer Gewerkschaft denken, die das als illusorisch abtut, was eine gewerkschaftliche Selbstverständlichkeit ist? Niemand wird sich der Illusion hingeben, in einer Verhandlungsrunde Lohngleichheit zwischen verbeamteten und tarifbeschäftigten Lehrer*innen zu erzielen, aber die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit überhaupt nicht mehr aufzustellen und noch schlimmer, andere, die es tun, abzukanzeln, wird niemanden von der GEW überzeugen. Eine Gewerkschaft muss kämpferisch auftreten und nicht im vorauseilenden Gehorsam den Kompromiss des Kompromisses mit dem Finanzminister mitdenken. Die Logik, man müsse realistische Forderungen aufstellen, sonst würde man von der Politik nicht ernstgenommen oder gar von ver. di verstoßen werden, führt vollkommen in die Irre. Wird eine Gewerkschaft denn ernst genommen, die ihre Ideale über Bord wirft? Und wen will eine solche Gewerkschaft eigentlich überzeugen? Wieso sollte ver.di eine DGB-Schwester verstoßen?

Sicherlich SchaLL ist für die tarifbeschäftigten Lehrer*innen keine Alternative - das müssen wir den Kolleg*innen aufzeigen. So schön es ist, dass sich Kolleg*innen überhaupt organisieren. Diese Gruppe hat weder die finanziellen und personellen Ressourcen noch die inhaltliche Klarheit der GEW, um uns vertreten zu können. Doch ist SchaLL auch nicht unser Feind. Wir müssen die Kolleg*innen vielmehr von der GEW überzeugen und das geht nur, wenn wir uns als Gewerkschaft erst nehmen. Ansonsten kann die GEW gleich ihre Auflösung beantragen und mit ihr die Mitgliedschaft bei ver. di beantragen.



Zum Tarifergebnis: Ein Bericht aus dem AK Angestellte Lehrkräfte

Wir wollen nicht nur Schlüsselversicherungen verkaufen! Für offensive Verhandlungen zur Angleichung // Julian Gürstner und Kay Reichwehr, Mitglieder des AK Angestellte der GEW Köln

ach drei Verhandlungsrunden mit zwei gut besuchten Warnstreiktagen und 10.000 Streikenden in Düsseldorf verkündeten die Arbeitgeberund Arbeitnehmervertreter*innen das Ergebnis der Verhandlungen am späten Abend des Karnevalssamstag.

8 % mehr Lohn! Aus der Presse hörte man, Frank Bsirske (Ver.di-Bundesvorsitzender) hätte sich ein "Denkmal" gesetzt (DIE WELT, 5.3.19). Und Marlis Tepe (GEW-Bundesvorsitzende) stellte fest: "Das ist ein guter Tarifabschluss, den die Beschäftigten zusammen mit ihren Gewerkschaften erkämpft haben. Wie bei jedem Kompromiss gibt es Licht und Schatten, unterm Strich überwiegt das Positive deutlich." (GEW-Tarifinfo Nr. 3).

"Licht und Schatten"! Mit dieser Einschätzung setzte sich auch der Arbeitskreis

Angestellte Lehrkräfte der GEW Köln auseinander, als er sich am 11. März im großen Versammlungssaal des DGB-Hauses traf.

In der Tat, die Kolleginnen und Kollegen fanden den einen oder anderen positiven Punkt:

- 4,5% Lohnerhöhung für die Berufseinsteiger im ersten Jahr (Stufe 1) im TV-L,
 d. h. z.B. für junge Lehrer*innen im ersten Jahr nach dem Referendariat
- die Übernahme der TVöD-Tabellen im Pflege- und Sozialdienst, womit der ungerechte Gehaltsunterschied zwischen TV-L und TVöD zumindest in diesem Bereich überwunden wäre.
- der Garantiebetrag von 100 bzw. 180
 Euro im Falle einer Höhergruppierung (z.B. von EG 13 Stufe 4 in EG 14 Stufe 3)

Doch aus Sicht der anwesenden Mitglieder, die sich am Streik für die Angleichung von Angestellten an Beamt*innen beteiligt hatten, war das leider schon alles.

8 % mehr, ist das etwa kein Erfolg? Die Forderung der Gewerkschaften war 6% auf 12 Monate. Das wären bei der gleichen Laufzeit von 33 Monaten ca. 16,5%. Damit bekommen wir gerade mal die Hälfte des geforderten. Noch dazu handelt es sich bei den 8% um das Gesamtvolumen der Erhöhungen. Die Stufen 2-6 erhalten so nur 7,42 %, wobei die einzelnen Erhöhungen gerade über der Preissteigerungsrate liegen – besonders für die letzten 9 Monate (nur 1,29 %)!

Es wurde nur die Erhöhung des Garantiebetrags anstatt der Forderung der stufengleichen Höhergruppierung durchgesetzt. D.h., dass eine Höhergruppierung in die

eine Höhergruppierung in die gleiche Entgeltstufe bedeutet (also nicht von EG11 Stufe 4 zu EG12 Stufe 4). Denn die Bedingungen einer Höhergruppierung sind lediglich, dass man in der neuen Stufe mindestens so viel verdient wie bisher. Zu dem Gehalt der neuen Stufe kommt der Garantiebetrag von 100 bzw. 180 Euro, falls die neue Stufe diesen Betrag unterschreitet.

nächste Entgeltgruppe nicht automatisch

Das Tarifergebnis in der Praxis

Kompliziert? Ein bisschen... aber was heißt das in der Praxis ? Ganz einfach: Oft ist der Abstand zur alten Stufe in der neuen Gruppe noch groß. Bei einer Höhergruppierung einer Kollegin von EG 11 Stufe 4 in die EG 12 Stufe 3 + 180 Euro bedeutet dies immer noch einen Unterschied von 280,70 Euro.

Zudem wirken sich die prozentualen Lohnsteigerungen auf die Garantiebeträge nicht aus. Damit schmelzen sie über die Dauer der Laufzeit des Tarifvertrags zusammen.

Die Jahressonderzahlung

Außerdem wurde die Jahressonderzahlung bis 2022 – also ein Jahr über die Laufzeit des Tarifvertrags hinaus – auf dem Stand von 2018 eingefroren. Das bedeutet, dass die Jahressonderzahlungen über vier Jahre hinweg real schrumpfen werden. Für die Entgeltgruppen 12 und 13 z.B. auf ca. 43% statt 50%. So wie es derzeit aussieht, wird es dann ab 2023 auf diesem Niveau weitergehen.

Auch Ver.di-Kolleg*innen sehen neben den Prozenten ein großes Problem in der extrem langen Laufzeit: 33 Monate! Man mag sagen, dass eine so lange Laufzeit Sicherheit bringt, aber als Gewerkschafter*innen wissen wir: als Angestellte entsteht unsere Sicherheit und unser Kraft aus dem Organisationsgrad. 33 Monate Laufzeit heißt auch, 33 Monate nicht für den TV-L streiken, und das heißt, 33 Monate ist der Aufbau der Gewerkschaft massiv gebremst.

Der Tarifabschluss hat auch gezeigt, dass es eine Abkehr gab von dem Ziel einer wirklichen Höhergruppierung, z. B. durch die Forderung der Paralleltabelle (EG9 > EG10; EG 11 > EG12) hin zur kleinschrittigen Erhöhung der Angleichungszulage (wie diesmal auf 105 Euro brutto), die auch nicht von den prozentualen Erhöhungen betroffen ist. Hier kommt es zu einer Zerfaserung des Tarifvertrags.

Die Angleichungszulage betrifft in der Realität erstens nur die Kollegen*innen in den Entgeltgruppen 9-11 (Grund-, Haupt-,

Das wären bei der gleichen Laufzeit von 33 Monaten ca. 16,5%.

Realschule, Werkstattlehrkräfte, SI-Lehrkräfte), zweitens kommt sie – mit Ausnahme der Neueingestellten – nur den Kolleg*innen zugute, die diese Zulage bis Juli 2017 beantragt hatten. Dies betrifft nach Schätzungen ca. 50% der Kolleg*innen.

Das heißt auch, dass alle Angestellten mit EG 13 (Hochschulen, teilweise Gesamtschulen, Gymnasien, Berufskollegs) nicht von dieser Maßnahme profitieren. Die Kolleg*innen werden in dieser Frage gespalten.

Und letztendlich muss auch gesagt werden, dass wir einen Teil der Verbesserungen selber kompensieren. Denn alle Strukturverbesserungen, die in diesem Tarifvertrag erreicht wurden, werden in etwa zur Hälfte durch das Einfrieren der Jahressonderzahlung der Gesamtheit der Kolleg*innen des TV-L-Bereichs refinanziert.

"Unterm Strich ein guter Abschluss"?

Wohl eher nicht... Dementsprechend war das Ergebnis einer abschließenden Abstimmung im AK zur Frage, ob wir das Ergebnis bei einer Urwahl annehmen würden, einstimmig ablehnend.

Bei ihrer Vorstellung zur Kandidatur für den Landesvorsitz der GEW in Köln am 13.03. brachte auch Maike Finnern auf Nachfrage einer Kollegin aus dem AK Angestellte zum Ausdruck, dass sie dem Ergebnis mit gemischten Gefühlen gegenüberstehe. Und sie ergänzte: "Man hätte wahrscheinlich nichts besseres rausholen können." Aus ihrer Antwort wurde deutlich, dass man mehr Druck erzeugen müsse. Liegt das Ergebnis nun daran, dass die Kolleg*innen zu wenig

Druck erzeugten? Nein, an den Kolleg*innen liegt es nicht. Denn Fakt ist: Seit Jahren werden die Forderungen der angestellten Kolleg*innen nicht aufgegriffen. Die Forderungen und vor allem die Abschlüsse der GEW sind vor allem für junge Lehrkräfte anscheinend kein Grund mehr, auf die Straße

Haben die Kolleg*innen nicht ausreichend klar gemacht, was sie wollen? Doch, auf Mitgliederversammlungen, der GEW aktiv-Tagung und der Tarifkonferenz kam es zu regen Debatten, die den Unmut mit dem Forderungspapier zum Ausdruck brachten. Die Kolleg*innen wünschten sich durch die Bank hinweg einen weitgehenden Schritt zur Angleichung von bis zu 500 Euro und eine Höhergruppierung aller Entgeltgruppen! Doch diese Forderungen der Basis wurden nicht in den Forderungskatalog übernommen.

Nicht 33 Monate warten

Unsere Diskussion ging in die Richtung, dass wir auf keinen Fall 33 Monate warten können, bis die Angleichung der Angestellten an die Beamt*innen auf die Tagesordnung kommt.

Aber das ist auch nicht nötig! Im Zusammenhang mit dem jetzigen Tarifabschluss wurde vereinbart, dass es weitere Verhandlungen zur Frage der Angleichung geben soll. Ankündigungen dieser Art gab es aber schon öfters.

Außerdem ist die Entgeltordnung der Lehrkräfte, welche ihre Eingruppierung in die Entgeltgruppen regelt, noch künd- und damit auch bestreikbar.

Wenn es wirklich eine Bewegung geben soll, dann können uns die Erfahrungen an den Unikliniken und die der Erzieher*innen Hilfe bieten, wo bei der Mobilisierung für den Tarifkampf die Diskussion und Aufstellung der Forderungen eine zentrale Rolle spielten. In diesem Bereich konnten die Kolleg*innen auch Erfolge verbuchen.

Nicht mit dem Ergebnis einverstanden

Die Kolleg*innen an den Schulen wollen mindestens ebensolche Erfolge erzielen. Sie sind nicht einverstanden mit dem jetzigen Ergebnis. Die GEW muss auf ihre berechtigten Forderungen eingehen, die Diskussion mit allen Kolleg*innen ausweiten und die Mobilisierung verstärken.

Wie wir dabei vorgehen können, wollen wir gemeinsam mit den Kolleg*innen an den Schulen und im AK Angestellte Lehrkräfte diskutieren! 16 | forum 2 | BILDUNGSPOLITIK **BILDUNGSPOLITIK** | forum 2 | **17**

In Zeiten des Lehrkräftemangels: Das schulsch arfe Lehrereinstellungsverfahren als Baustein der Ökonomisierung der Bildung (2)

// Norbert Arnold, Mitglied im Leitungsteam des GEW-StV Leverkusen

m 1. Teil zum Thema wurde ausgeführt, dass das im Zuge der Ökonomisierung der Bildung eingeführte veränderte Lehrereinstellungsverfahren (LEV) sozial selektiv ist und die soziale Ungleichheit im Bildungssystem verstärkt.¹

Nun soll es im zweiten Teil darum gehen, wie durch das schulscharfe Lehrereinstellungsverfahren Arbeit verlagert wird, ob und wie sich die Beziehungen unter den Akteur*innen, Schulleiter*innen und (potentiellen) Lehrkräften durch das schulscharfe Lehrereinstellungsverfahren verändern.

Im Rahmen eines weitgehend standardisierten Auswahlverfahrens ist eine Vielzahl von Aufgaben zu erledigen. Beispielhaft sollen hier genannt werden:

- Die Schulen können bei entsprechender Zuweisung Stellen online ausschreiben. Über die Ausschreibung entscheidet auf Vorschlag der Schulleiter*in die Schulkonferenz. Die Ansprechpartnerin für Gleichstellungsfragen ist rechtzeitig vor Übersendung des Ausschreibungstextes an die Bezirksregierung zu beteiligen. Der Lehrerrat ist gem. SchulG zeitnah zu informieren.
- Der schulischen Auswahlkommission obliegt die Prüfung des fristgerechten Eingangs der Bewerbung und der Unterlagen (Bewerbungsmappen im Umfang bis zu 20 Seiten und

mehr) im Hinblick auf weitere fachliche Voraussetzungen und Bevorzugungskriterien.

- Es ist ein Vorauswahlprotokoll zu verfassen, in dem Verlauf und Ergebnis der Vorauswahlsitzung zu dokumentieren ist.
- Die Termine der Auswahlgespräche werden den Bewerber*innen durch die Schuleiter*in bekanntgegeben. Sie sind so zu terminieren, dass i. d. R. kein Unterricht ausfällt.
- Die Auswahlgespräche erfolgen nach festgelegten Grundsätzen.
- · Die Auswahlgespräche und die Entscheidungsfindung sind gerichtsverwertbar zu protokollieren und von allen stimmberechtigten Mitgliedern der Kommission zu unterschreiben.
- Anschließend erfolgt die Information der Bewerber*innen und ggf. die Aushändigung oder Übersendung des Einstellungsangebots und der Annahmeerklärung an die ausgewählte Lehrkraft durch die/den Schulleiter*in.
- · Abschließende Arbeiten, wie der Versand der Unterlagen an die Bezirksregierung, leiten den Abschluss des Einstellungsverfahrens

Der Zeitbedarf dieses Verfahrens lässt sich bereits erahnen und trotzdem ist man überrascht über das Ergebnis:

	Zeitbedarf in Stunden
Vorbereitende Arbeiten	
Stellenausschreibung (pauschal 1 Stunde)	1:00
Zeitbedarf Auswahlkommission - Vorauswahlverfahren	
Schulleiterin	3:00
(Vertr. Schulkonferenz)	
Vertr. Lehrerkonferenz	2:00
Gleichstellungsbeauftragte	2:00
Personalrät*in	2:00
Zeitbedarf Auswahlkommission - Auswahlverfahren	
AW-Gespräche je Bewerberin 20 min.	
Beratungszeit je Bewerberin 10 min.	
Ø 8 Bewerber	4:00
1 Pause a´ 30 min.	0:30
Abschlussberatung	1:00
Protokollerstellung	0:30
Zeitbedarf je Mitglied der Komm.	6:00
Zeitbedarf insgesamt	24:00
+ Zeitbedarf abschl. Arbeiten des SL	1:00
+ Zeitbedarf vorber. Arbeiten + Vorauswahl	10:00
Summe (Zeitbedarf je LEV)	35:00

Diese Berechnung basiert auf folgenden Annahmen: Es wurde davon ausgegangen, dass es sich beim Mitglied der Schulkonferenz um keine Lehrkraft handelt, etwa nur 15 Bewerbungen eingegangen sind, lediglich 8 Bewerber*innen eingeladen wurden.

Es handelt sich um eine beispielhafte Zeiterfassung, die keinesfalls Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben kann. Die Realität sieht vielfach anders aus: In Ausnahmefällen gibt es weit über 50 Bewerbungen, es werden 25 und mehr Bewerber*innen eingeladen.

Legendär sind in Zeiten des Lehrermangels aber auch die Berichte von LEV, wo von bspw. 18 Eingeladenen vierzehn nicht erscheinen, selbstverständlich teilweise ohne abzusagen, und von den übrigen vier keine*r das Einstellungsangebot annimmt. Es kommt in schwer zu versorgenden Regionen und in Schulen mit schwierigem sozialen Umfeld auch vor, dass keine*r der Eingeladenen erscheint und die Stellen leerlaufen.

Werden an einer Schule fünf und mehr Lehrerstellen in einem Schuljahr ausgeschrieben, bedeutet dies einen Zeitbedarf von mindestens 175 (Zeit-) Stunden.

Mehrarbeit - Erhöhung der Arbeitsbelastung - Unterrichtsausfall

Folgt man der Anweisung aus dem Handbuch zum Lehrereinstellungsverfahren und terminiert die Sitzung der Vorauswahl- und Auswahlkommission außerhalb der Unterrichtszeit (was faktisch nicht möglich ist), stellt dies eine große Mehrbelastung der Kommissionsmitglieder dar. Ein erheblicher Verlust an Zeit für außerunterrichtliche Tätigkeiten sowie für Freizeit und Erholung ist die Folge. Andernfalls - die Auswahlverfahren beginnen um 8.00 Uhr und dies ist die Regel, da die Schulen sich im Wettbewerb um die "besten" Lehrkräfte befinden - entsteht (oft unbezahlte) Mehrarbeit für die Kolleg*innen und/oder ggf. Unterrichtsausfall.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass für dieses Verfahren keinerlei zusätzliche Ressourcen welcher Art auch immer zur Verfügung gestellt werden. Dabei sind die Aufgaben, die von der Auswahlkommission im Rahmen der Vorauswahl erledigt werden müssen, zum Teil rein bürokratischer Natur, ein Verwaltungsakt, der von der Einstellungsbehörde zu leisten wäre.

Das LEV ist nach Treptow/Rothland seit Mitte der 1990er Jahre als neues Steuerungsinstrument für den Schulbereich diskutiert und dann seit 2000 in NRW für alle Einstellungen festgelegt worden. Den Einzelschulen sollte dadurch eine erweiterte Selbstständigkeit und Selbstverantwortung mit dem Ziel einer Steigerung der Effizienz und Effektivität zugestanden werden.² In der Ausgestaltung des Verfahrens manifestiere sich der Wille, "das systematische Vorantreiben der Schulprofilbildung und Schulprogrammarbeit der Einzelschule durch die Einstellung adäquater Kolleginnen und Kollegen" zu un-

Treptow / Rothland führen aus, dass die Personalauswahl aber zunehmend "auf der Basis der persönlichen Eindrücke getroffen wird" und deren Beitrag zum Profilbildungsprozess der Einzelschule zurück tritt. In den Auswahlgesprächen werden "persönliche Erwartungen an die Kandidaten formuliert", deren Umsetzung nach Einstellung im Schulalltag erwartet wird und erfolgen soll. Von Seiten der schulischen Akteur*innen erhofft man sich eine stärkere Iden-



Werden an einer Schule fünf und mehr Lehrerstellen in einem Schuljahr ausgeschrieben, bedeutet dies einen Zeitbedarf von mindestens 175 (Zeit-) Stunden.

18 | forum 2 | BILDUNGSPOLITIK **BILDUNGSPOLITIK** | forum 2 | **19**



tifikation der neu Eingestellten mit ihrer Schule.³ So oder so, letztlich handelt es sich beim schulscharfen Auswahlverfahren um eine Form der indirekten Steuerung. Durch die Gestaltung des LEV wächst für alle Beteiligten - inklusive der/des "Auserwählten" - die Bedeutung der gemeinsam wahrzunehmenden Aufgabe.⁴ So beginnt bereits im Rahmen des Auswahlverfahrens ein Teambildungsprozess, der nach Siemens das Ziel hat, durch soziale Kontrolle "Kreativität und Produktivität" der Lehrkräfte zu steigern.⁵

Abschließende Bemerkungen

Die Einführung des schulscharfen Lehrereinstellungsverfahrens als Steuerungsinstrument im Sinne der Ökonomisierung schulischer Bildung stärkt die Position der Schulleiter*in6, die/der freilich durch die Installierung von Steuergruppen nicht mehr im früheren Sinne "führt", sondern diese Aufgabe "indirekt" wahrnimmt (siehe oben). Gleichwohl wird implementiert: Die Schulleiter*in hat's gegeben, die Schulleiter*in wird es – sicher in absehbarer Zeit - auch wieder nehmen können (s. den Artikel in diesem forum "Ein Blick ins einstige ,Bildungswunderland' Schweden...."). In der Zwischenzeit etabliert sich an den Schu-

len - auch aus diesem Grund - eine Kultur der gegenseitigen Kontrolle und des Schweigens in Hinsicht auf Kritik an dem gemeinsam zu gestaltenden Wandel in Richtung einer Schule mit Output-Orientierung. Die Folgen dieses Prozesses sind eklatant und in den Schulen wahrnehmbar: Entsolidarisierung, zunehmende Arbeitsbelastung und als Folge - ein Ansteigen der Diagnose Burn-

Ausblick

"In Mangelsituationen kommen die Einstellungsbehörden der Länder nicht umhin, von administrativer Seite steuernd einzugreifen, um die gleiche Versorgung aller Schulen zu gewährleisten."7 Dies kollidiert mit den Forderungen mancher Schulleitungen nach noch mehr Entscheidungsfreiheit und einer weiteren Verringerung des Verwaltungsaufwandes.8

Es stellen sich eine Reihe von Fragen: Wird der geschaffene Markt der Lehrkräfte reguliert? Wird in Zukunft das Listenverfahren eine größere Rolle spielen? Kommt es vermehrt zu Versetzungen aus dienstlichen Gründen? Wie entwickelt sich unter solchen Bedingungen der Bereich der Privatschulen?

Anmerkungen

¹Mittlerweile ist in der Zeitschrift Integrierte Schule aktuell, Heft 2/2018, einer Publikation der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule Nordrhein-Westfalen e.V. (GGG NRW), ein Artikel des Vorsitzenden Behrend Heeren erschienen, der sich ebenfalls mit dem "Lehrereinstellungsverfahren in Zeiten des Lehrermangels" befasst. Heeren kommt zu dem Schluss, "dass das ungesteuerte Marktprinzip die Stärkeren bevorzugt und die Schwächeren benachteiligt. Über die zunehmend ungleiche Lehrerversorgung haben die Schüler/innen zunehmend ungleiche Bildungschancen."

² Treptow, Eva und Rothland, Martin (2005): "Jeder Schule ihre Lehrer"? in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Juni 2005, Nr.

3 ebd., S. 316 ff

⁴ Vgl.: Auf diese Weise sinkt beispielsweise mit zunehmendem Druck auf das Team die Toleranz von Lehrerinnen und Lehrer gegenüber Kolleginnen und Kollegen, die sich zu Dingen äußern, die den gemeinsamen Zweck der Zusammenarbeit "nicht voranbringen".

⁵ Vgl.: Siemens, Stephan (2016): AG "Gegen die Ökonomisierung der Bildung" GEW Hessen - Die Schule ist kein Wirtschaftsbetrieb -Bildung in der Effizienzfalle?

⁶ Hier ist u. a. darauf hinzuweisen, dass sich die Mitglieder der Auswahlkommission in einem Abhängigkeitsverhältnis zur/zum Schulleiter*in befinden.

⁷ ... so Treptow und Rothland bereits im Jahr

8 ebd., S. 318

Fortbestand der Maßnahme "Berufseinstiegsbegleitung" im Schuljahr 19/20 gefährdet

ie geförderte Maßnahme "Berufseinstiegsbegleitung" ist zu einem unverzichtbaren Unterstützungsangebot an unseren Schulen geworden. Wir bitten Sie, auf die Landesregierung/auf das MAGS einzuwirken, dieses Angebot auch für die Schüler der kommenden Jahrgänge ab der Klasse 9 zu sichern.

haben werden, den Schulabschluss zu erlangen und eine Ausbildung zu beginnen, ab

Die Problemlage

Das Angebot kann nach aktueller Vertragssituation (Sachstand im Sommer 2019) nicht fortgeführt werden, da die erforderliche Kofinanzierung durch Dritte nicht mehr gesichert ist. Das Land bzw. der Bund wollen diese nicht bzw. nicht mehr übernehmen und sehen sich gegenseitig in der Pflicht. (s. hierzu div. "Kleine Anfragen" auf Landesund Bundesebene)

Aufgaben der Berufseinstiegsbegleitung:

- · Unterstützung beim Erwerb des Hauptschulabschlusses
- Erlangung der Ausbildungsreife
- Feststellung von Eignung und Talent u.a. im Rahmen von Erprobungspraktika
- Vertiefte Berufsorientierung für eine realistische Berufswahl – unter Einbeziehung der Eltern, Lehrer*innen und Berufsberatung
- Bewerbungsunterstützung gemeinsame Ausbildungsstellensuche und gemeinsames Erstellen von Bewerbungsunterlagen, Training von und evtl. Begleitung zu Bewerbungsgesprächen
- Stabilisierung der Ausbildung in den ersten sechs Monaten - bei Bedarf Anbahnung von Unterstützungsangeboten (z.B. AbH) und Krisenintervention bei Problemen im Betrieb

• Anbahnung und Begleitung zielführender sonstiger Anschlussperspektiven, wenn ein Übergang in Ausbildung nicht sofortumgesetzt werden konnte

zeichnet stiegsbegleitung besonders Vor allem eine Vermittlungsquote in be-Was ist die "Berufseinstiegsbegleitung? triebliche Ausbildung, die mit ca. 42 % Eine geförderte Maßnahme (50 % durch die (im Durchschnitt der letzten drei Jah-Bundesagentur für Arbeit/ 50 % Kofinanzie- re, gemessen am Ende der Probezeirung durch Dritte), durch die Schülerinnen ten) deutlich über der der nicht geförund Schüler, die absehbar Schwierigkeiten derten Schüler und Schülerinnen liegt. Für Teilnehmer*innen, die zunächst noch keine Ausbildung aufgenommen haben, wurder Klasse 9 bis in eine Ausbildung begleitet den zusätzlich sinnvolle Anschlussangebote (Berufsvorbereitende Maßnahmen, Besuch einer Berufsschule zur Überbrückung..) erarbeitet, sodass insgesamt ca. 98 % der Teilnehmer*innen nach dem Schulabgang eine Perspektive hatten. Auch das ist ein herausragender Wert.

> Die Berufseinstiegsbegleitung ist eine in dieser Form einzigartige Maßnahme, die auf die Belange der Kinder/der Schüler*innen durch den Ansatz bereits ab Klasse 9. die Förderdauer von min. 2 ½ Jahren, den Betreuungsschlüssel (1:20) und - ganz wichtig - die ständige Präsenz der Berufseinstiegsbeleiter*innen (BerEbs) in unseren Schulen und unserem Schulalltag in idealer Weise eingeht.

> Die individuelle Förderung durch die BerEb's, möglich durch behutsamen Beziehungs- und Vertrauensaufbau ab Klasse 9. beinhaltet einen hohen Motivationseffekt den Schulabschluss und die Bemühungen um einen Ausbildungsplatz betreffend. Die BerEb's unterstützen, sind iederzeit ansprechbar, fördern, fordern aber auch Eigeninitiative ein und machen letztlich Mut, der vielen Schüler*innen an Haupt- und Förderschulen fehlt. Um dies umsetzen zu können, sind die BerEb's in den Schulzeiten durchgängig in den Schulen anwesend, können hierfür ein bereitgestelltes Büro nutzen und sind fest in das Schulleben integriert.

Um den Fortbestand der Berufseinstiegsbegleitung zu sichern, ist eine Petition gestartet worden, die Mitte Juni eingereicht werden soll.

Der Link hierzu ist:

openpetition.de/petition/online/berufseinstiegsbegleitung

Beteiligt euch an der Petition, damit diese sinnvolle und notwendige Einrichtung erhalten bleibt.

20 | forum 2 | FRIDAYS FOR FUTURE FRIDAYS FOR FUTURE | forum 1 | 21



Fridays For Future -Aufstand für die Zukunft // Angela Bankert, GEW Köln

Schülerinnen und Schüler, aber auch Eltern, Lehrkräfte und die GEW nahmen an der bisher größten Demonstration von Fridays For Future am 15. März teil. Die GEW unterstützt das Anliegen der Schüler*innen und hält ihre Protestform für gelebte demokratische Kultur. Mit großem Elan, unglaublicher Kreativität und Ernsthaftigkeit gehen die Schüler*innen vor.

In meiner Funktion als Geschäftsführerin der GEW, sprach ich auf der Kundgebung und empfahl den Schüler*innen, eventuelle Fehlstunden auf dem Zeugnis eingerahmt aufzuhängen. Ich lud dazu ein, im GEW-Block am 1. Mai mitzugehen. Der DGB Köln/Bonn hat sie ebenfalls eingeladen und am 1.Mai Gelegenheit gegeben, ihr Anliegen einzubringen.





Fridays for Future – eine Schüler*innenstreikbewegung

Unter dem Motto "Fridays for Future" ist eine weltweite Klimastreikbewegung von Schüler*innen und Student*innen entstanden, die im August 2018 mit der 16-Jährigen Greta Thunberg in Schweden ihren Ausgangspunkt hatte. // Ayla Celik, Mitglied des GfV und Kandidatin für den Landesvorstand der GEW

n Deutschland startete die Bewegung im Dezember. Mittlerweile demonstrieren weltweit Tausende Schüler*innen und Student*innen während der Unterrichtszeit, protestieren und kämpfen für echten Klimaschutz. Sie wollen der Politik, der Wirtschaft, vor allem den Entscheidungsträger*innen ihr Versagen gegenüber dem Klimawandel aufzeigen, sie aufrütteln, sie auffordern, zu handeln, damit diese junge Generation und die nachfolgenden eine Zukunft haben. Eine zentrale Forderung von FFF lautet: "Handelt endlich, damit wir eine Zukunft haben."

Ihre Kritik zielt auch auf die Generation ihrer Eltern. Die Jugend hält den "Alten" den Spiegel vor und erinnert sie an ihre Verantwortung, mit Ressourcen nicht verschwenderisch umzugehen. Will man Veränderung bewirken, so muss sie von der Gesellschaft insgesamt getragen werden. Insoweit ist es folgerichtig, wenn die Jungend ihre Kritik auch an die Generation ihrer Eltern, der Gesellschaft insgesamt, richtet.

Würden die Erwachsenen die Forderungen /die Kritik dieser Klimaschutzbewegung ernst nehmen, so wäre die Konsequenz, dass se Bewegung und sehe sie in verschiedesie sich aus ihrer "Komfortzone" wagen, ihre nicht nachhaltige Lebensweise hinterfragen und diese radikal verändern. Laut der Aktivist*innen sei es notwendig und "Aufgabe der Regierung, hier einen verbindlichen ihre Zukunft machen, indem sie initiativ

Handlungsrahmen vorzugeben" und sich an Verträge zu halten, so bei der Umsetzung und Einhaltung des Pariser Abkommens.

Einer aus dieser Elterngeneration ist Georg Gleske, der sowohl als Vater von drei Söhnen (22, 17 und 14 Jahre alt) als auch als Lehrer für Gesellschaftslehre die Kämpfe der Jugend mit Anteilnahme und großem Interesse verfolgt.

"Ich persönlich freue mich über diener Hinsicht positiv und halte die Ziele der Schüler*innen für absolut unterstützungswert. Ein positiver Aspekt ist, dass diese Schüler*innen eine wertvolle Erfahrung für 22 | forum 2 | FRIDAYS FOR FUTURE FRIDAYS FOR FUTURE | forum 2 | 23

Und deshalb fordern wir als FridaysForFuture Köln:

1. Einen kostenlosen ÖPNV für Köln und Umgebung!

Die Innenstadt versinkt im Autochaos, das ist schlecht für die Umwelt! Die Alternative hierzu ist ein gut ausgebauter und kostenloser ÖPNV. Doch in der Realität werden die Tickets immer teurer und die Mobilität verkommt zum Luxus.

2. Sofortiger Kohleausstieg und soziale Garantien für Beschäftigte statt

Der Ausbau der erneuerbaren Energie muss so umgesetzt werden, dass das 1,5 Grad-Ziel so schnell wie möglich erreicht wird. Ein Ausstieg aus der Braunkohle bis 2038 ist eindeutig zu spät! Die Leittragenden dürfen nicht die Beschäftigten sein, ihnen müssen ernstgemeinte soziale Alternativen garantiert werden. Zwischen Arbeitsplätzen und Umwelt gibt es kein Entweder-Oder! 3. Umweltschutz und Nachhaltigkeit müssen in den Lehrplan!

Statt eines Unterrichtsfaches wie Wirtschaft, das besonders die Interessen der Konzerne in den Vordergrund stellt, fordern wir, dass Umweltschutz und Nachhaltigkeit einen größeren Stellenwert im Unterricht erhalten. 4. Verbot von Einwegplastik

Plastik stellt uns heute vor immer größere Probleme, besonders unsere Meere sind voll mit nicht abbaubarem Plastik, welcher Umwelt und Mensch schadet. Und trotzdem wird in den Supermärkten selbst Obst und Gemüse damit verpackt! 5. Menschen und Umwelt statt Profite

Unsere Zukunft ist nicht verhandelbar. Es muss um das Interesse der Menschen und der Natur gehen, statt um das Interesse einiger weniger Konzerne. 6. Verbindliche Klimaschutzziele für Ministerien

Wir glauben, dass die Ministerien Klimaschutzziele nur umsetzen werden, wenn ihnen ansonsten erhebliche Strafzahlungen drohen. Deshalb unterstützen wir den Gesetzesvorschlag von Umweltministerin Schulze, der genau solche Strafen zugunsten von Klimaschutzprojekten vorsieht. Wir fordern weiterhin, dass Bürger*innen und Klimaschutzexpert*innen den Fortschritt der Regierung beim Klimaschutz überwachen.

7. Ein politisches Streikrecht für alle

Im Rahmen unserer Streiks geraten wir immer wieder in Konflikt mit dem Gesetz. Doch wir sehen im Streik eine Notwenigkeit, auch für unsere politischen Belange, um gehört zu werden und um etwas zu verändern!

sind, sich zusammenschließen und für ein gemeinsames "höheres" Ziel kämpfen. Dabei treffen sie nicht nur auf Unterstützung, sondern im Gegenteil auf Kritik und Unverständnis. Es wird seitens der Politik Druck aufgebaut mit dem Ziel, Schüler*innen von den Demonstrationen fern zu halten. Das halte ich für falsch. Dieser Mut, auch gegen Widerstände seine Meinung deutlich zu machen, ist in unsrer Gesellschaft selten geworden. Daher wünsche ich den Jugendlichen, etwas bewegen zu können. In dieser aktuellen Situation sehe ich neben der wünschenswerten Politisierung der Jugend die Chance auf eine positive und nachhaltige Verände-

Die Bewegung motiviert junge Menschen, sich und ihr Umfeld daraufhin zu überprüfen, ob sie einen Beitrag gegen den Klimawandel leisten können. Gözde Karismaz, 14 Jahre alt, beschreibt diese folgendermaßen:

"Auf "Fridays for Future" bin ich durch Nachrichten im Fernsehen, im Radio und über soziale Medien aufmerksam geworden. Schnell wurde es auch unter meinen Freund*innen zum Gesprächsthema. Ich finde diese Bewegung sehr gut. Die Jugendlichen haben dadurch ein größeres Bewusstsein für die Umwelt entwickelt. In meiner Familie wird jetzt immer mehr thematisiert, welchen Beitrag wir als Familie leisten können. Wir achten in meiner Familie konsequenter auf die Umwelt, wie zum Beispiel weniger Müll produzieren, Mülltrennung, weniger Plastikgebrauch, keine Wasser- und Stromverschwendung, Einkaufen von regionalen Lebensmitteln. Einkaufen auf den "Nachtschwärmer" Märkten, Einkaufen beim Krämer etc.

Durch diese gemeinsame, weltweite Bewegung zeigen wir Jugendlichen, dass uns unsere Zukunft, die Umwelt und die Politik doch nicht so egal sind, wie die Erwachsenen es oft annehmen. Auch wird durch diese Bewegung deutlich, dass die heutigen Missstände die Zukunft der heutigen Jugendlichen beeinflussen werden. Deswegen finde ich es auch nicht schlimm, dass die Demonstrationen während der Schulzeit stattfinden. Ganz wichtig finde ich, dass durch "Fridays for Future' gelungen ist, ein Gefühl von Solidarität, Zusammenhalt und Verantwortung zu schaffen. Ich wünsche mir, dass ich, meine Nachfahren und alle Menschen noch eine Zukunft haben."

Die Erwachsenen, die Politiker*innen, die Lehrer*innen, die Eltern finden die Po-

litisierung der Jugendlichen gut und gut finden sie auch, dass die jungen Leute sich für ihre Zukunft einsetzen. Gut finden viele dieser Erwachsenen aber nicht, dass der Protest in der Schulzeit stattfindet. Das Schulministerium begrüßt zwar zivilgesellschaftliches Engagement und demokratisches Handeln von Schüler*innen, weil die politische Bildung u.a. eine wichtige Aufgabe von Schule ist, jedoch darf die Schulpflichterfüllung nicht verletzt werden.

Hier hat Georg Gleske eine klare Haltung: "Jede Form des Streiks und des Protests muss unangenehm sein und anecken. damit sie eine Wirkung entfaltet.".

Die Forderungen

Am 8. April 2019 veröffentlichte Fridays-for-Future-Deutschland im Rahmen einer Pressekonferenz in Berlin einen Forderungskatalog mit Kurz- und Langzeitzielen:

- Vollständige Energieversorgung durch erneuerbare Energien bis 2035
- Senkung der Treibhausgasemissionen in
- Deutschland bis 2035 auf Netto Null • Umsetzung des Kohleausstiegs bis 2030
- Bis 2019 soll die Subvention aller fossilen Energieträger beendet und ein Viertel aller Kohlekraftwerke abgeschafft werden
- · Einführung einer Kohlenstoff-Steuer auf alle Treibhausgasemissionen, die die Klimaschäden kompensiert, nach Umweltbundesamt mit einem CO2-Preis von ca. 180 Euro pro Tonne

Die FFF-Bewegung rückt den Klimaschutz in die Mitte der gesellschaftlichen Debatte und findet mittlerweile Unterstützung von Scientists for Future und Parants for Future. Greta Thunberg wird als Initiatorin der Bewegung gehyped. Die goldene Kamera für den Sonderpreis "Klimaschutz" erhielt sie am 30. April 2019. Es erheben sich Stimmen, die Greta für den Nobelpreis vorschlagen.

Zu hoffen bleibt, dass die Ziele der Bewegung im Fokus bleiben und zum Handeln bewegen und nicht mit der hysterischen Gretamania, die von manchen Institutionen und Politiker*innen getrieben wird, erstickt

Evanthia Boubouloudi, Rebecca Fischer und Ruben Außen, drei Schüler/innen aus dem 10. Jahrgang der Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule schildern ihre Eindrücke von den Friday-for-Future-Demonstrationen wie

"Unserer Ansicht nach ist der Klimawandel ein ernstzunehmendes Problem. Darum beschlossen wir, als wir von den Streiks erfahren haben, an einem teilzunehmen, um einerseits eigene Erfahrungen zu sammeln und andererseits die Ernsthaftigkeit des Problems durch unser Erscheinen zu unterstüt-

Als wir um kurz vor neun Uhr am Bahnhofsvorplatz ankamen, waren wenige Demonstranten anwesend. Keine halbe Stunde später hatten sich schon weit über 100 Student*innen und Schüler*innen versammelt. Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut!', war über den ganzen Bahnhofsvorplatz zu hören. Wir bildeten einen großen Kreis, sangen und skandierten.

Immer wieder kamen Passanten vorbei, meistens Menschen aus anderen Städten oder Ländern, die Köln besuchten und wollten wissen, warum wir demonstrierten, Alle, mit denen wir ins Gespräch kamen, fanden es gut, dass Jugendliche sich für ihre Überzeugungen einsetzen.

Eigentlich sind wir nicht davon ausgegangen, dass sich so viele in unsrem Alter so engagiert für ihren Standpunkt einsetzen würden. Umso überraschter waren wir, zu sehen, dass so viele Jugendliche, darunter auch Kinder, am Streik teilnehmen.

Abschließend wollen wir sagen, dass es eine schöne Erfahrung für uns war und ist, sich für die eigene Meinung einzusetzen trotz Kälte, sowohl Wetter bedingt als auch seitens der Politik, und zu wissen, dass man nicht alleine ist. Wir werden auf jeden Fall auf weitere Demonstrationen gehen und uns weiterhin für das einsetzen, was wir für RICHTIG halten.

Auf Demonstrationen und Streiks zu gehen, ist eine der besten Möglichkeiten für uns Minderjährige unsere politische Meinung zu vertreten. Und... dabei ist es diese Generation, die vom Klimawandel am stärksten betroffen sein wird und nicht die Politiker im Bundestag.

Darum halten wir es für wichtig, dass wir miteinbezogen werden und man (Politik und Gesellschaft) sich mit uns auseinandersetzt und uns nicht übergeht. Schließlich geht es um unsere Zukunft."

Wenn Pädagogen ihr Heimatland verlassen müssen

Ein Gespräch mit Akram Kheder und Sherwan Ilias über ihre Erfahrungen als Neu-Kölner // Die Fragen stellten Hassan Taskale (LEMK) und Guido Schönian, Mitglied im GfV und der "forum"-Redaktion

"Als der IS 2014 die Jesid*innen verfolgte, ist die Situation für uns sehr schlecht geworden. Wir waren immer in Gefahr wegen unserer Religion und unserer Identität."



forum: Herzlich willkommen in Köln! Seit wann seid ihr hier und konntet ihr euch schon gut einleben?

SHERWAN ILIAS: Vielen Dank, Jetzt wohne ich in Wiehl im Oberbergischen Kreis. Ich fahre nach Köln mit meinem Auto und parke in Kalk, weil parken an der Uni Köln sehr schwierig ist. Von Kalk fahre ich mit den Straßenbahnen zur Uni, das dauert ungefähr 20 Minuten.

AKRAM KHEDER: Ja, ich konnte mich äußerst gut an die deutsche Gesellschaft anpassen, trotz mancher Schwierigkeiten.

forum: Wie war das mit der Wohnungssuche? Hattet ihr Unterstützung?

S.I.: Das war nicht so schwierig, weil ich die Unterstützung der Stadt Wiehl bekomme. Ich habe ein Praktikum beim Sozialamt dort gemacht und habe eine gute Beziehung zu den Beamt*innen, die dort arbeiten. Sie sind sehr nett zu den Flüchtlingen im allgemeinen. Die Stadt Wiehl hat mit geholfen, um eine Wohnung zu finden.

A.K.: Ich habe Unterstützung von meinen Brüdern bekommen die Wohnung zu su-

forum: Ohne Deutschkenntnisse gibt es sicher viele Probleme. Wie kommt ihr damit zurecht?

S.I.: Bis jetzt haben wir immer Probleme mit der deutschen Sprache besonders mit der

Grammatik. Aber wir lernen intensiv an der Universität, und ich versuche immer, meine Deutschkenntnisse zu verbessern durch "social media" und mein Alltagsleben, weil Deutsch eine komplizierte neue Sprache ist. Ich muss sie täglich benutzen bis ich sie gut genug sprechen kann. Wenn man eine neue Sprache lernen möchte, muss man in die Sprache eintauchen, sonst kann man nicht

A.K.: Ich habe zwar Deutschkenntnisse auf dem Niveau B2, aber trotzdem habe ich Schwierigkeiten damit. Um die deutsche Sprache vertiefen zu können, lerne ich täglich intensiv Deutsch.

forum: Bei all diesen Schwierigkeiten. müssen die Gründe für eure Ausreise schwerwiegend gewesen sein. Wie war eure Lage im Irak und was hat euch zum Wegzug bewogen?

S.I.: Im Irak habe ich als Englischlehrer gearbeitet, und die Situation war nicht so schlecht bis der "Islamische Staat" in den Irak und nach Syrien gekommen ist. Als der IS 2014 die Jesid*innen verfolgte, ist die Situation für uns sehr schlecht geworden. Wir waren immer in Gefahr wegen unserer Religion und unserer Identität.

forum: Und die Flucht selbst? Ging dabei alles glimpflich vonstatten?

S.I.: Nein. Die Flucht war sehr schwierig, ich war 25 Tage unterwegs, bin mit acht von meinen Bekannten nach Deutschland gekommen und habe viele Qualen gesehen bis ich in Deutschland angekommen bin. Als der Taxifahrer gesagt hat, dass wir in Deutschland sind, war das eine der schönsten Nachrichten in meinem Leben. Ich werde nie diesen Moment vergessen. Ich habe immer geglaubt, es gibt immer Licht am Ende das

A.K.: Mein Bruder, mein Sohn und ich waren einen Monat lang unterwegs nach Deutschland. Der Weg war massiv anstren-

forum: Ihr nehmt in Köln am Projekt "Sprachkurse für geflüchtete Lehrkräfte" teil. Könnt ihr Näheres dazu sagen? Womit befasst ihr euch in diesem Projekt?

S.I.: Dieses Projekt ist für geflüchtete Lehrkräfte, für Leute gedacht, die als Lehrer*in in ihrem Heimatland gearbeitet haben. In diesem Programm lernen wir intensiv Deutsch, 16 Stunden pro Woche. Daneben haben wir viele verschiedene Workshops und zwei Praktika, zum Beispiel im ersten Semester haben wir viel über das Schulsystem in Deutschland gelernt und auch viel pädagogisch gearbeitet. Wir haben mit Studierenden in ihrem DAZ-Modul an der Uni Köln im ersten Semester in einem Projekt als Tandem-Gruppe zum Thema "Translanguaging" gearbeitet. Wir haben auch viele Exkursionen, Vorbereitungen und Nachbereitungen für die Praktika gemacht.

forum: Ursprünglich war in diesem Projekt auch ein Schulpraktikum vorgesehen.

Seid ihr in diesem Zusammenhang auch in den Schulen gewesen? Wenn ja: für wie lange? Was war für euch neu?

A.K.: Für mich war das Praktikum ein wichtiger Schritt. Es hat zwei Wochen lang gedauert, und ich habe viele neue Erfahrungen

S.I.: Es war sehr interessant. Wir haben die Kinder beobachtet und in der Zusammenarbeit mit den deutschen Lehrkräften haben wir viele Erfahrungen gesammelt. Dann haben wir auch eine Stunde unterrichtet. Das war ein fantastisches Gefühl wieder Lehrer 711 sein

forum: Was habt ihr vor, wenn ihr mit dieser Maßnahme fertig seid und die Deutsch-Prüfung C1 bestanden habt?

S.I.: Ich wollte immer als Lehrer arbeiten. Ich finde, es ist ein unglaubliches Gefühl, den Lebensweg einer Person ein bisschen mitgestaltet zu haben. Aber wenn das nicht möglich sein sollte, dann habe ich einen "Plan B". Man muss im Leben immer Pläne machen und immer damit rechnen zu scheitern und Schwierigkeiten zu bekommen. Ich kann als Übersetzer arbeiten, weil ich vier Sprachen beherrsche, oder in einem Bereich, in dem ich meine Englischkenntnisse benut-

A.K.: Wenn ich das Programm beendet habe, werde ich mich um eine Stelle in einer Schule bewerben. Ansonsten kann ich Kurdisch als Herkunftssprache unterrichten

Nach anstrengender und gefährlicher Flucht in Sicherheit: die beiden jesidischen Lehrer Akram Kheder und Sherwan Ilias aus dem

forum: Wollt bzw. müsst ihr noch ein Lehramtsstudium aufnehmen, wenn die Uni Köln euch dies ermöglicht?

S.I.: Die Universität Köln ermöglicht zwar ein Lehramtsstudium, für uns dauert das aber. Man muss noch viel studieren, weil wir in unserem Heimatland nur ein Fach studiert haben. In Deutschland muss man zwei Fächer beherrschen, um als Lehrer*in zu arbeiten. Ich kann aber versuchen als Lehrkraft für herkunfsprachlichen Unterricht zu arbeiten. Damit hätten wir dann zwei Fächer, das ist eine Möglichkeit.

A.K.: Für dieses Ziel nehme ich intensiv an Seminaren über Herkunftssprache teil.

forum: Ihr seid der GEW beigetreten. Was ist eure Erwartung von der Gewerkschaft **Erziehung und Wissenschaft?**

S.I.: Nachdem wir der GEW beigetreten sind, haben wir an einem Seminar in Hattingen teilgenommen. Dort haben wir viele Erfahrungen über herkunftssprachlichen Unterricht gesammelt. Das war ein großer Schritt. Die GEW hilft uns, in NRW eine Stelle zu finden. Aber wir müssen zuerst unser Programm beenden. Ich erwarte, dass die GEW viel für uns machen wird.

forum: Gibt es noch etwas, das ihr unseren Leser*innen mit auf den Weg geben möch-

S.I.: Ich will nur sagen, dass - wenn man ein Ziel hat-, man hart kämpfen muss, um das Ziel zu erreichen. Ich möchte die Leserschaft sagen, egal welche Träume ihr habt, müsst ihr kämpfen bis ihr sie erreicht. Wie das englische Sprichwort sagt: "It's important to set your own goals and work hard to achieve them". Es bedeutet: "Es ist wichtig, sich eigene Ziele zu setzen und hart dafür zu arbeiten". Ich wünsche mir, dass jede*r ihre/seine Träume erreichen kann!

A.K.: In diesem Sinne bedanke ich mich herzlich!

forum: Wir danken euch für das Gespräch und wünschen euch alles Gute für die Zu-

Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln-Istanbul e.V.

Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln-Istanbul c/o W. Kluth, Tondernstr. 43, 50825 Köln

An alle Lehrerinnen und Lehrer der Kölner Gymnasien und Gesamtschulen



Köln, den 13.02.2019

Bildungsreise für Kölner Lehrkräfte nach Istanbul

Sehr geehrte Damen und Herren,

der seit 1997 existierende "Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln-Istanbul" e.V. hat sich zur Aufgabe gestellt, die Partnerschaft zwischen den Städten Köln und Istanbul "mit Leben zu füllen".

Wir tun dies in Form von Veranstaltungen aller Art (z.B. Konzerte, Lesungen, Informationsabende über unsere Partnerstadt) hier in Köln, Austausche von Gruppen (Jugend-Schüler-/Lehrer- und Sportler-) aus beiden Städten und von uns begleitete Reisen nach Istanbul mit dem Ziel, die Menschen aus Köln und aus Istanbul zusammenzubringen. Dies soll zur besseren Verständigung zwischen den beiden Völkern beitragen, zumal viele Kölner Familien Istanbuler bzw. türkische Wurzeln haben.

Ein besonderes Anliegen unseres Vereins ist es, den Kontakt zwischen Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern der beiden Städte zu intensivieren - weitere Schulpartnerschaften zwischen Köln und Istanbul könnten sich daraus entwickeln.

Um Kölner Lehrkräften unsere Partnerstadt vorzustellen und ihnen einen Einblick in das Bildungssystem der Türkei zu ermöglichen, planen wir auch in diesem Jahr eine Bildungsreise für Lehrerinnen und Lehrer nach Istanbul. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der bisher durchgeführten "Lehrerreisen" waren sehr beeindruckt von der Herzlichkeit der Istanbuler Schulen, der Schönheit der geschichtsträchtigen Stätten und der Modernität des Istanbuler Stadtlebens.

Die Reise wird in der ersten Woche der Herbstferien (13. bis 18.10.2019) durchgeführt. Vorgesehen sind Schul- bzw. Unterrichtsbesuche in Istanbuler Schulen (die Deutsch als Fremdsprache anbieten), Fachvorträge, aber auch der Besuch von bekannten Istanbuler Sehenswürdigkeiten.

Die Reisegruppe wird von zwei Vorstandsmitgliedern unseres Vereins in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut Istanbul organisiert und begleitet.

Die Kosten betragen ca. 950,00 € im EZ und 850,00 € im DZ für Flug, Hotel incl. Frühstück und Transfer (Die Preise gelten bei frühzeitiger Anmeldung). Sollten Sie Interesse an dieser Reise haben, melden Sie sich bitte bei:

Frau Theresia Wieck, Herzogenrather Str. 9 in 50933 Köln, Tel.: 0221/495228 eMail: theresia.wieck@gmx.de

Mit freundlichen Grüßen

Walter Kluth

Theresia Wieck

Schweden und was dies mit uns zu tun hat: Ökonomisierung oder Demokratisierung? Was wird aus unserem Bildungswesen?

Ein Blick ins einstige "Bildungswunderland"

// Norbert Arnold, Mitglied im Leitungsteam des GEW-StV Leverkusen

o lautete der Titel einer Vortragsreihe an der Philipps-Universität Marburg im Wintersemester 2012/13 - die Fragen sind nach wie vor aktuell. Wer nach Antworten sucht, sollte nach Schweden schauen, dem einstigen "Bildungswunderland" (SZ, 02. März 2014)¹, einem "Versuchslabor für neoliberale Experimente"2 im Bildungsbereich, das zuvor im Ruf stand, mit seinem Schulsystem "Effizienz und Egalität, d. h. gute Ergebnisse und soziale Gerechtigkeit miteinander verbinden zu können."³

In den 1980er-Jahren setzte in Schweden eine zunehmende Ökonomisierung der Bildung ein. Darunter wird ein verstärkter Einfluss der Ökonomie auf das Denken und Handeln von Individuen und Organisationen im Bildungsbereich verstanden. Dieser Prozess findet im Schulbereich seinen Ausdruck im Einsatz neuer Steuerungsinstrumente mit dem Ziel der Steigerung der Effektivität und Effizienz der Arbeit in der einzelnen Schu-

Als Maßnahmen und Indikatoren der Ökonomisierung sind u.a. zu nennen:

- der Einführung von Evaluation und Schulprogrammen/Schulprofilbildung
- · die Standardisierung und Zentralisierung von Leistungstests (Output-Orientierung),
- die Etablierung von Rankings,
- der vermehrte Einfluss von privaten Akteur*innen,
- neue Formen der Professionalität, Leitung und strategische Führung von Schulen,
- Dezentralisierung der Ressourcenverantwortung und der Budgetierung.

Wegbereiter für diese Entwicklung war die in Schweden viele Jahrzehnte dominierende sozialdemokratische Arbeiterpartei, die sich in ihrem politischen Handeln zunehmend an der Theorie des New Public Management orientierte und die Privatisierung und Dezentralisierung im schwedischen Bildungssystem vorbe-

Studienreise

Die GEW lädt zu einer Studienreise nach Israel vom 21. Juli bis 27. Juli 2019 und im Anschluss vom 28. Juli bis 2. August zu einem Deutsch-Israelischen Gewerkschaftsseminar zum Umgang mit dem Holocaust ein. Die Studienreise führt zu historischen Stätten in Bethlehem und Jerusalem, zum See Genezareth, zum Toten Meer und nach Masada. Das Seminar findet in der Nähe von Tel Aviv statt und wird gemeinsam mit der israelischen Lehrergewerkschaft Histadrut HaMorim und der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt. Die Teilnahmegebühr beträgt 700,- Euro. Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.gew.de/

deutsch-israelisches-seminar

Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn IBAN: DE19 37050198 1004332738 BIC: COLSDE 33XXX

28 | forum 2 | INTERNATIONALES | forum 2 | 29

In Hinsicht auf die Träger der freien Schulen ist festzustellen, dass gewinnorientierte Aktiengesellschaften (auch geografisch) am weitesten verbreitet sind.

reitete. 1989 wurde die Kommunalisierung der Schulverwaltung beschlossen und umgesetzt – mit weitreichenden Folgen: Das landesweite Curriculum und die Themen der Prüfungen werden zwar nach wie vor von der Nationalen Bildungsagentur festgelegt und verantwortet, die Zuweisung der Finanzmittel und die Schulaufsicht wurden aber an die Kommunen übertragen und die Lehrkräfte verloren ihren Status als Staatsbedienstete.

Anfang der 1990er Jahre, die Konservativen stellten den Ministerpräsidenten, wurden das Recht auf freie Schulwahl eingeführt und die Förderung der Errichtung von Privatschulen beschlossen und umgesetzt. Mehr Wettbewerb und Konkurrenz unter den Schulen sollten zu einer Verbesserung der Schulqualität führen. Schüler*innen und deren Eltern wurden als "Kunden" angesehen, die infolge der freien Schulwahl dafür sorgen würden, dass vermeintlich schlechte Schulen perspektivisch vom "Markt" verschwinden.

Neben den kommunalen Schulen bildete sich ein Privatschulsektor mit den sogenannten "freien" Schulen heraus. Träger dieser freien Schulen "können Individuen, Vereine, Elterninitiativen oder andere ideelle Vereinigungen sein. Darüber hinaus sind aber auch Firmen, Aktiengesellschaften und andere gewinnorientierte Konzerne als Träger*innen von Schulen zulässig, denen es erlaubt ist, Gewinne zu erwirtschaften und diese auch einzubehalten bzw. an ihre Aktionäre auszuschütten."⁴

Egal welche Schule besucht wird, der Schulbesuch ist kostenlos, finanziert durch ein sogenanntes "steuerfinanziertes Gutscheinsystem, die Schulen erhalten je Schülerin oder Schüler pro Schuljahr einen festgelegten Betrag für alle anfallenden Kosten (Gehälter, Miete, Nebenkosten etc.); die Verwendung dieser Gelder ist den Schulen weitgehend selbst überlassen."⁵

Alle Schulen müssen - nach einer Übergangsphase - seit 2011 die gleichen gesetzlichen Vorgaben einhalten.

Der schwedische Privatschulsektor wächst kontinuierlich: Im Schuljahr 2017 besuchten fast 20 % der Schüler*innen im Grundschulbereich (SuS zwischen 7 und 16 Jahren) eine private Schule, eine dreijährige

weiterführende Schule in privater Hand wurde bereits 2013/2014 von 26 % besucht.

In Hinsicht auf die Träger der freien Schulen ist festzustellen, dass gewinnorientierte Aktiengesellschaften (auch geografisch) am weitesten verbreitet sind: Im Jahr 2013 gab es in 119 von 290 Kommunen mindestens eine Schule dieser Trägerart.⁶

Es sei noch einmal in Erinnerung gerufen, dass, zumindest vordergründig, mit den Mitteln Kommunalisierung und Privatisierung, Wettbewerb und Konkurrenz, der Schaffung eines Bildungsmarktes eine Verbesserung der Schulqualität erreicht werden sollte.

Die Realität sieht anders aus:

Schulwahlfreiheit und Wettbewerb unter den Schulen führten zur Einführung verschiedener Formen der Ansprache, der Information potentieller Kund*innen. Das von der nationalen Bildungsbehörde betriebene Informationsportal SIRIS bietet seit 2011 detaillierte Daten zu Einzelschulen im ganzen Land, "u. a. auch die durchschnittlichen Abschlussnoten oder Testergebnisse der landesweiten Schulleistungstests". Auch die großen Tageszeitungen des Landes bieten Erziehungsberechtigten und Schüler*innen regelmäßig diese Informationen als Entscheidungshilfen an.

Die Schulen werben in unterschiedlichen Formen intensiv um "Kunden". In den Zeitungen werden Anzeigen veröffentlicht, es wird zu "Tagen der offenen Tür" eingeladen, man präsentiert sich auf Messen. Es gibt aber auch "spezielle Lockangebote, wie Laptops.... vergünstigte Führerscheinkurse oder Rabatte im Fitnessstudio", die bei einer Anmeldung realisiert werden.^{8a}

Das Selbstverständnis als Kund*in generiert eine gewisse Anspruchshaltung. Sind die Noten für Erziehungsberechtigte und Schüler*innen nicht hinreichend, werden vielfach, unter Hinweis auf einen möglichen Wechsel der Schule, bessere Noten offensiv eingefordert. Teilweise begannen Schulen damit, verdeckt mit "guter" Notengebung für sich zu werben.⁸ Die "Le Monde diploma-

tique" berichtete im September 2018, dass Schulen, um ihre "Kunden" zufriedenzustellen, inflationär gute Noten vergeben.⁹

Seit Einführung der Reformen wird in Schweden eine zunehmende sozioökonomische Segregation der Schüler*innen von kommunalen und freien Schulen konstatiert. So zeigte eine Untersuchung aus dem Jahr 2013/14, dass die Schülerschaft an freien Schulen zu einem größeren Anteil aus Akademikerfamilien kommt als dies an kommunalen Schulen der Fall ist. Der sozioökonomische Hintergrund "scheine zunehmend wichtiger für den Schulerfolg zu werden."¹⁰ Ein ursächlicher Zusammenhang mit der freien Schulwahl wird beschrieben.

Die Gehälter der schwedischen Lehrkräfte liegen in Zeiten der Privatisierung und Kommunalisierung unter dem OECD-Durchschnitt, das Durchschnittsgehalt einer Lehrkraft unter dem schwedischen Durchschnittseinkommen. "Die Gehälter werden lokal zwischen Lehrkraft und Schulleitung ausgehandelt"¹¹, teilweise ohne dass beispielsweise eine Beurteilungsgrundlage (z.B. ein Unterrichtsbesuch) vorliegt.

Während das Einkommen der Lehrkräfte sinkt, steigt die Arbeitsbelastung vor allem durch viele administrative und dokumentarische Aufgaben. Die Vorbereitung und Durchführung von Werbemaßnahmen (s. o.) tragen ihren Anteil dazu bei. Nach den Daten der Nationalen Bildungsagentur wendeten die schwedischen Lehrkräfte im Jahr 2013 "nur noch ein Drittel ihrer Arbeitszeit für die Unterrichtsvorbereitung und das Unterrichten selbst auf."12

Niemanden wird es verwundern, dass unter diesen Verhältnissen die Attraktivität des Lehrerberufs abnimmt. Es mangelt an qualifizierten Lehrkräften, zunehmend wird fachfremdes Personal ohne pädagogische Ausbildung eingestellt. Das führt zu "schlechten Noten für den einstigen Primus" im PISA-Vergleich – so die Überschrift eines Artikels in der "Le Monde diplomatique" vom September 2018.

Seit einigen Jahren wird nun in Schweden heftig um die Bildungspolitik gestritten. Die schwedischen Grünen, "bis dato begeisterte Anhänger der "Friskolreformen", entschuldigten sich öffentlich dafür, mit den Reformen das schwedische Schulsystem ruiniert zu haben."¹³ Gleichwohl scheiterte im Sommer 2018 im schwedischen Parlament das Gesetzesvorhaben, eine Obergrenze für Profite privater Bildungsträger einzuführen.

Anm.: Der schwedische Bildungsanbieter "Kunskapsskolan" expandiert mittlerweile im Ausland, so z.B. in Saudi-Arabien, in den Niederlanden und Indien. Ein weiterer schwedischer Anbieter, die AcadeMedia-Gruppe ist mittlerweile auf dem deutschen Markt aktiv. Er betreibt 32 Kindertagesstätten (u. a. "Joki und Stepke") in derzeit fünf Bundesländern. Ende 2019 sollen es mindestens 45 Kitas sein. Die Gruppe betreibt in Schweden und Norwegen bereits 216 Kitas, 173 Schulen und mehr als 150 Einrichtungen für Erwachsenenbildung.¹⁴

Was wird aus unserem Bildungswesen?

Auch in Deutschland

- nimmt der Anteil an Privatschulen zu: In Deutschland gab es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Schuljahr 2015/16 5.814 Privatschulen (Ersatzschulen). Von den rund 10,8 Millionen Schüler*innen in Deutschland besuchte jede*r Elfte eine Privatschule.
- befinden sich die Schulen zunehmend im Wettbewerb um Lehrkräfte (siehe die Artikel zum schulscharfen Lehrereinstellungsverfahren in dieser "forum"-Ausgabe), Schülerinnen und Schüler, um "Drittmittel (Sponsorengelder, Preisgelder aus Wettbewerben, etc.), die "beste digitale Ausstattung", das erfolgversprechendste, Schulprogramm, das "attraktivste Lernpartnerunternehmen aus der freien Wirtschaft", …,
- gehören Evaluationen und Schulprogrammentwicklung zum Alltag der Lehrkräfte,
- ist die Standardisierung und Zentralisierung von Leistungstests (Output-Orientierung) schulischer Alltag,
- nehmen private Akteur*innen zunehmend Einfluss auf die (schulische) Bildung,
- schreiten Dezentralisierung der Ressourcenverantwortung und der Budgetierung voran.

Ökonomisierung oder Demokratisierung? Es ist an der Zeit, dass alle Entwicklungstendenzen in der Bildungspolitik vor diesem Hintergrund kritisch analysiert werden

Anmerkungen

- ¹ PISA-Absteiger Schweden: Schluss mit lustig in der Schule, Süddeutsche Zeitung, 02. März 2014; https://www.sueddeutsche.de/bildung/pisa-absteiger-schweden-schluss-mit-lustig-in-der-schule-1.1901532
- ² Schwedens umstrittene Schulreform, Violette Goarant, Le Monde diplomatique vom 13.09.2018
- ³ Bildungsmarkt in Bullerbü, Kathleen Falkenberg/Bettina Vogt/Florian Waldow in: Die deutsche Schule, 107. Jg. 2 (2015), S. 105
- ⁴ ebd. S. 107;
- ⁵ ebd.;
- 6 vgl. ebd. S. 108;
- 7 vgl. ebd.
- 8+8a Vgl. "Pisa-Absteiger Schweden" a.a.O.
- ⁹ Schlechte Noten für den Primus Seitdem es in Schweden immer mehr Privatschulen gibt, fällt das Land im PI-SA-Vergleich zurück, Violette Goarant, Le Monde diplomatique vom 13.09.2018
- ¹⁰ Bildungsmarkt in Bullerbü, a.a.O. S. 110; s. auch Pisa-Absteiger Schweden a.a.O.
- ¹¹ Schlechte Noten für den Primus ..., a.aO.
- 12+13 Schwedens umstrittene Schulreform, a.aO.
- 14 Vgl.: https://academedia.de/

30 | forum 2 | RECHTSCHUTZ | forum 2 | 31

Die Lehrerkonferenz – Abnicken oder Gestalten?

Nina Goerges
Rechtsberatung,
// Martina Schütte,
FG Grundschule

m Februar fand in Köln eine gut besuchte Veranstaltung zum Thema Lehrerkonferenzen statt. Der Titel der Veranstaltung war dabei auch die Frage, die beantwortet werden sollte: Ist die Lehrerkonferenz geeignet, in die Organisation der Schule einzugreifen, oder muss alles, was von der Schulleitung vorgegeben wird nur noch bestätigt werden? Erfahrene Personalrät*innen standen den teilnehmenden Kolleg*innen Rede und Antwort und klärten über die Rechte und die Gestaltungsmöglichkeiten von Lehrerkonferenzen auf.

Viele Fragen wurden schon bei einem Blick in das Schulgesetz beantwortet, denn nach § 68 SchulG hat die Lehrerkonferenz in folgenden Punkten nicht nur Mitwirkungs-, sondern auch Entscheidungskompetenz:

- Grundsätze für die Unterrichtsverteilung und Aufstellung von Stunden-, Aufsichtsund Vertretungsplänen (z.B.. Doppelbesetzung im Rahmen der Inklusion, Einsatz in der OGS)
- Grundsätze für die Verteilung der Sonderaufgaben auf Vorschlag der Schulleitung (z.B. Anrechnungsstunden)
- Grundsätze für die Lehrerfortbildung auf Vorschlag der Schulleitung (z.B. Umgang mit dem Fortbildungsetat, Kriterien für die Teilnahme von Kolleg*innen. Dabei ist gemäß § 69 Abs. 2 der Lehrerrat zu beteiligen und umfassend zu informieren und anzuhören
- Teilnahme der Schule an der Erprobung neuer Arbeitszeitmodelle gemäß § 93 Abs. 4 auf Vorschlag der Schulleitung
- Vorschläge an die Schulkonferenz zur Einführung von Lernmitteln und zu allen wichtigen Angelegenheiten der Schule
- Weitere Angelegenheiten, die ausschließlich oder überwiegend unmittelbar die Lehrer*innen und das pädagogische und sozialpädagogische Personal betreffen

Die Lehrerkonferenz entscheidet durch Beschluss. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, falls nicht eine andere Bestimmung (z.B. 2/3 Mehrheit) notwendig ist. Beschlüsse können nur gefasst werden, wenn mindestens die Hälfte der Teilnahmepflichtigen anwesend ist. Außerdem sind die Beschlüsse schriftlich festzuhalten.

Von der Lehrerkonferenz gefasste Beschlüsse sind sowohl für die Schulleitung als auch für die Lehrkräfte bindend. Gibt es schulrechtliche Bedenken ist die Entscheidung der Schulaufsicht vorzulegen.

Auch die Aufgaben der Schulleitung hinsichtlich der Lehrerkonferenz sind im Schulgesetz festgelegt. Die Schulleitung führt den Vorsitz der Konferenz (§ 68 SchulG). Sie arbeitet zur Erfüllung des Erziehungs- und Bildungsauftrags mit der Lehrerkonferenz zusammen und führt deren Beschlüsse aus (§ 59 SchulG). Außerdem sorgt sie nach der allgemeinen Dienstordnung für die Erörterung pädagogischer und sachlicher Fragen in der Lehrerkonferenz, fördert die Zusammenarbeit der Lehrer*innen untereinander und informiert die Lehrerkonferenz über alle wesentlichen Angelegenheiten der Schule (§23 ADO).

Die Tagesordnung wird durch die oder den Vorsitzende/n festgelegt. Diese kann durch Mehrheitsbeschluss zu Beginn der Sitzung erweitert werden. Falls ein Mehrheitsbeschluss nicht erreicht wird, wird der Punkt auf der nächsten Sitzung behandelt.

Ganz wichtig ist auch in der Schule eine Konferenzkultur zu schaffen. So kann die Lehrerkonferenz die zeitliche Lage, den Beginn und die Häufigkeit von Konferenzen

> diskutieren und gemeinsam beschließen. Grundsätze sollten in einer Geschäftsordnung festgelegt werden. Hier gibt es eine Empfehlung des Ministeriums: BASS 17-01 Nr. 2. Auch das Schulgesetz selber legt einige Grundsätze für die Lehrerkonferenz als Mitwirkungsgremium in der Schule fest.



GEW NRW: Wichtige Information zum Thema Elternzeit

Rückkehr aus Elternzeit in letzter Sommerferienwoche jetzt möglich ehren Lehrkräfte zum Schuljahresbeginn aus der Elternzeit zurück, so stecken sie in einem Konflikt. Die Schule erwartet, dass sie in der letzten Woche vor Unterrichtsbeginn des neuen Schuljahres an Konferenzen teilnehmen und sich auf das neue Schuljahr vorbereiten (ADO § 14 Abs. 2). Allerdings durften die Kolleg*innen bisher ihren Dienst erst mit dem ersten Schultag des neuen Schuljahres wieder aufnehmen. Der Hauptpersonalrat für Förderschulen und Schulen für Kranke hat nun eine Regelung im Interesse aller zurückkehrenden Kolleg*innen erreicht:

Die Rückkehr aus der Elternzeit ist künftig bis zu einer Woche vor dem Ende der Sommerferien möglich. Dies kann direkt bei der Beantragung mit Bezug auf konkrete schulische Termine in den Ferien festgelegt werden.

Der rechtliche Hintergrund:

Beginn und Ende der Elternzeit sind in der Regel so zu wählen, dass mindestens ein Zeitabstand zu den Ferien besteht, der der Dauer der Ferien entspricht.

Ausnahmen:

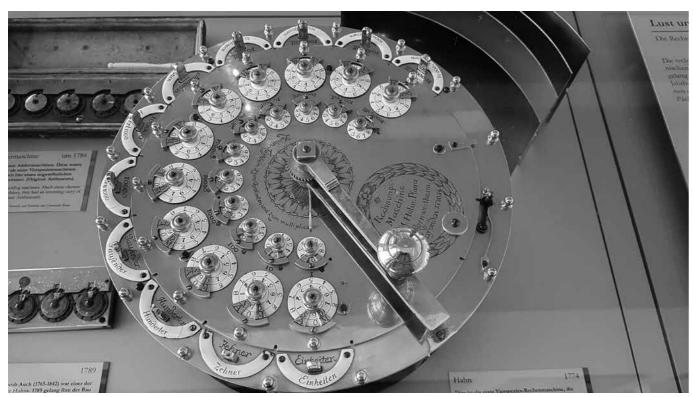
- Beginn der Elternzeit im unmittelbaren Anschluss an die Elternzeit
- Ende der Elternzeit nach Ausschöpfung des gesetzlichen Höchstanspruchs auf Elterngeld, wenn die Elternzeit nicht fortgeführt wird
- Ende der Elternzeit innerhalb der Ferien nach Ausschöpfung des Höchstanspruchs
- Abweichungen in besonders gelagerten Fällen, in denen erkennbar kein Rechtsmissbrauch vorliegt (Freistellungs- und Urlaubsverordnung, § 11).

Klarstellung des Ministeriums auf Initiative des Hauptpersonalrats für Förderschulen und Schulen für Kranke

Für Rückkehrer*innen aller Schulformen gilt:

U.a. darf das Ende der Elternzeit dann innerhalb der Sommerferien liegen, wenn die Anwesenheit in der Schule in der letzten Ferienwoche bzw. den letzten Ferientagen erforderlich ist. /Bildungsportal NRW, Stichwort Elternzeit/

32 | forum 2 | **AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN** | forum 2 | **33**



Rechenmaschine von Philipp Hahn

Rechnen einst und heute ein Besuch im Arithmeum

// Helga Löbbert, Aktive Ruheständlerin

igentlich hatte ich meine drei ersten Schuljahren an ein äußerst ambivalentes Verhältnis zu Zahlen und Mathematik hatten. Als Lilli, die Letzte, nach den Sommerferien eine neue Lehrerin in Mathematik bekam, wurde sie so begrüßt: "Mit Erschrecken habe ich festgestellt, dass ich schon wieder eine M... auf meiner Liste stehen habe. Wie viele von euch kommen denn noch?" So freundlich willkommen geheißen fiel Lilli sofort in das tiefe Mathe-Loch, in dem die anderen beiden schon saßen.

Nun, dachte ich, das Arithmeum würde die Erleuchtung bringen, es kann ja sein. dass sie auch nach der Schule mitten im Leben stehend, Mathematik brauchen. Leider waren alle drei verhindert, sodass ich jetzt so viel Wissen wie möglich speichern musste, um es anschließend an meine Enkel weiterzugeben.

Aber so einfach war der Wissenser-

Rechnen lernen, sondern lernen, wie Re-Enkel zu dieser Führung mit- chenmaschinen aus mehreren Jahrhundernehmen wollen, weil die von ten funktionieren. Seit 10.000 Jahren gibt es Hilfsmittel zum Rechnen. Exponate aus früher Zeit sind Tontafeln mit Keilschrift. Für viele Rechenmittel ist das 10er-System die Grundlage, Erstklässler*innen kennen das als 10-Finger-System. Als man seine Sachen noch nicht im Supermarkt sondern auf dem Markt kaufte, waren dort Rechenmeister an Rechentischen tätig, möglichst zwei wegen der Kontrolle. Wurde betrogen, was ja vorkommen kann, und der Betrug entdeckt, wurde der Tisch zerschlagen, genannt 'banca rotta', ein Begriff, der auch der Deutschen Bank nicht unbekannt sein dürfte. Das Arithmeum besitzt natürlich einen vollständigen Tisch, auf dem man rechnen kann. Das sehr engagierte Team des Hauses bringt mit viel Geduld, Wissen und Fingerfertigkeit alle Rechenmaschinen des Museums - und das sind Hunderte - wenn es irgendwie geht, wieder

Im 'Großen Brockhaus', ja den gibt es werb nicht, im Arithmeum kann man nicht auch noch trotz Google, steht bei Adam Rie-

se als Beruf Rechenmeister. Er setzte den Gebrauch von indisch-arabischen Zahlen durch und erfand natürlich auch eine Rechenmaschine. In mathematischen Kreisen und im Volksmund beruft man sich gerne auch heute noch einmal auf ihn. Man rechnete jetzt mit Stäben und konnte nun große

Der Astronom Johannes Kepler war frustriert von dem Rechnen mit Stäben und wandte sich den Rechenmaschinen des Wilhelm Schickhardts zu, der als Hof- und Landesbaumeister und Techniker tätig war. Korrekte Zahlen waren Grundlage für seinen Beruf. Gottfried Leibniz, Philosoph und Mathematiker, entwickelte eine erste Maschine mit Staffelwalzen, mit deren Konstruktion er 1672 begann. Leider habe ich vergessen zu fragen, wann denn das Ding fertig war. All diese Geräte kann man im Arithmeum bewundern. Heute sitzen die Rechenmeister im Silicon Valley und die Zahlen befinden sich millionenfach auf kleinen Chips. Ob das noch zu toppen ist?

Schrecklich im Umgang, genial mit dem Pinsel

Über den Besuch der Ernst Ludwig Kirchner-Ausstellung "Erträumte Reisen" in Bonn // Helga Pennartz, Aktive Ruheständlerin

aut unserer Begleiterin durch die Ausstellung war Ernst Ludwig Kirchner in zwischenmenschlichen Beziehungen nicht nur schwierig, er war zuweilen schrecklich. Seine Ausfälle gegenüber anderen Malern waren berüchtigt. Er kontrollierte Veröffentlichungen über sein Werk. Am liebsten schrieb er seine Würdigungen selbst unter dem Pseudonym Louis de Marsalle. Auch datierte er Bilder von sich vor, um den Eindruck zu erwecken, dass er immer schon der Erste und Tollste gewesen war. Besonders verhasst war es ihm, wenn seine Werke zusammen mit denen anderer Künstler gezeigt wurden.

Die Bundeskunsthalle zeigte unter dem Titel "Erträumte Reisen" eine Ausstellung mit rund 180 Gemälden, Grafiken und Skulpturen. Ganz im Sinne Kirchners wurde versucht ein Gesamtbild des Künstlers aufzuzeigen, ihn nicht auf seine bekannteste Schaffensperiode als Expressionist zu reduzieren. Kirchner verstand sich immer als Suchender nach einem zeitgemäßen Stil, der in seinem Spätwerk sogar Elemente von Picasso und Matisse widerspiegelte.

In der Zeit von 1904 bis 1911 machte sich Kirchner als Mitbegründer der Künstlergruppe "Die Brücke" einen Namen. Er malte

zu dieser Zeit vor allem Porträts, Akte, Landschaften. Stadtansichten und Szenen aus der Welt des Varietés. Wie seine Freunde arbeitete er in freier Natur und im Atelier, malte exzessiv und provozierte mit seinen Tabubrüchen das Bürgertum der Kaiserzeit. Ein beliebtes Motiv der Brücke-Künstler war u. a. die neunjährige Lina Franziska Fehrmann, genannt Fränzi. Die Porträts in nicht altersgerechter und sexualisierter Pose sind aus heutiger Sicht untragbar.

120 Bilder

Von 1908 bis 1914 verbrachte Kirchner seinen Urlaub mehrfach auf der Insel Fehmarn. Dort malte er über 120 Bilder und schrieb an seinen Mäzen Gustav Schiefler: "Ich habe auf Fehmarn Bilder gemalt von absoluter Reife!" Der Erste Weltkrieg wurde für Ernst Ludwig Kirchner zu einem traumatischen Ereignis, das sein Leben veränderte. 1915 meldete er sich als "Freiwilliger" zum Militär, in der Hoffnung, dem Infanteriedienst zu entgehen. Nach einem Nervenzusammenbruch wurde er jedoch bald entlassen und verbrachte anschließend viele Monate in verschiedenen Sanatorien. Ab 1917 lebte er überwiegend in Davos, zunächst in einem Sanatorium, um seine Medikamenten- und

Alkoholsucht zu bekämpfen. Später zog er in sein eigenes Haus. Trotz seiner Krankheit hielt er Kontakt zur Kunstszene in Deutschland und arbeitete weiter. Er malte Bauern auf dem Feld, entwarf visionäre Landschaften, fertigte Möbel und Plastiken.

"Erträumte Reisen"

Kirchner ist anders gereist als seine Malerkollegen, die es zum Teil bis in die Südsee schafften. Er ließ seinen Sehnsüchten nur in der Fantasie freien Lauf. Er richtete sich sein Wohnatelier mit exotischen Wandteppichen voller abstrahierter erotischer Motive in Anspielung auf das Dekor der Balken von Palau (Südsee) ein, ahmte afrikanische Skulptur und Möbel nach, umgab sich mit dunkelhäutigen Modellen, deren Bewegungen und Anmut er in Skizzen und Gemälden wie "Negertänzerin" festhielt. Kirchners Kontakt mit der fernen, exotischen Welt beruhte auf Erfahrungen aus zweiter Hand. Er war sehr belesen, liebte es, ethnografische Sammlungen zu besuchen. Seine Reisen zu den Sehnsuchtsorten waren imaginär, erträumte Reisen. "Erträumte Reisen", so hatte die Bundeskunsthalle ihre Ausstellung genannt und damit einiges Unbekannte Kirchners be-



Das Bett, das in der Ausstellung zu sehen war, schnitzte Kirchner 1919 für seine langjährige Gefährtin und Ehefrau Erna nach kamerunischem Vorbild. Es steht als Sinnbild für all die exotischen "Traumreisen", zu denen sich der Künstler zeitlebens inspirieren ließ.

34 | forum 2 | **AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN** | forum 2 | **35**

Einladung ins LVR-Industriemuseum Kraftwerk Ermen & Engels Baumwollspinnerei

Engels-Platz 2 51766 Engelskirchen

Sonderausstellung "Must have" - unser Konsumverhalten der letzten 2 Jahrhunderte

Die Führung dauert etwa eine Stunde. Kosten: 6 Euro/Person

Donnerstag, 11. Juli 2019 Treffpunkt: 10.45 Uhr im Museumsfoyer Führungsbeginn: 11 Uhr Mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

RB25 ab Köln Hbf., Gleis 10 nach Engelskirchen um 9.24 Uhr oder 9.54 Uhr, dann etwa 5-10 Minuten Fußweg

Einladung zu einem Rundgang durch Köln auf den Spuren von Ewald Mataré

Mataré war einer der wichtigsten Künstler der Klassischen Moderne in Deutschland. Auf einem ca. zweistündigen Stadtrundgang wollen wir am Mittwoch, 21.8.2019, mit Manfred Engelbert Müller einige Spuren des Künstlers in Köln entdecken.

> Treffpunkt um 11.00 Uhr im Domforum Kosten: 2 Euro

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle verbindlich anmelden (0221-516267, E-Mail: kontakt@gew-koeln.de) und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.

Einladung zur Führung durch das Willy-Brandt-Forum in Unkel

am Dienstag, 24. September 2019 Wir treffen uns um 14.45 Uhr im Vorraum; Kostenanteil: 4 Euro. Die Führung beginnt um 15 Uhr und dauert ca. eine Stunde. Anschließend Besuch eines Cafés oder Gang durch die Altstadt.

Anreise Bahn: RE8/RB27 Richtung Koblenz; Empfehlung Köln Hbf. ab 13.38 Uhr, Unkel an 14.30 Uhr; Fußweg zum Willy-Brandt-Platz max. 10 Minuten.

Wer sich an einer Ser-Tageskarte beteiligen will, teilt dies bei der Anmeldung mit und findet sich um 13.20 Uhr vor dem Leonidas-Kiosk im Kölner Hauptbahnhof ein; eine 5er-Gruppe fährt gemeinsam zurück (mögliche Rückfahrt: Unkel ab 17.29 Uhr, Köln Hbf. an 18.22 Uhr).

Anreise Pkw: über B 42 (Navi: Unkel, Schulstraße), Großraum-P Schulstraße/Kamener Straße Die Teilnehmerzahl ist begrenzt; deshalb bitte bei der GEW-Geschäftsstelle verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden!

SICHER NICHT GANZ SICHER!

Die Ruheständler*innen in der Atomschutzanlage Köln-Kalk // Silke Weinberger-Brümmer, Aktive Ruheständlerin

> Berliner Atomschutz-Anlajoot jejangen hät"? Da konnte so etwas doch gar nicht existieren - eigentlich. Tat es aber doch! 1978, zur Zeit der Entspannungspolitik also, wurden trotzdem im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau gleich 10 Exemplare legenheit diente. geplant und zweieinhalb auch gebaut.

Das in Kalk wurde 1979 eingeweiht (vermutlich ohne besondere Feierlichkeiten), bis 1989 gepflegt und gewartet und versank dann bis nach der Jahrtausendwende wohl viele andere, nicht einmal etwas von seiner Existenz geahnt! Aber vielleicht hätte es ja im Ernstfall, man weiß ja nie, dem Schutz der Zivilbevölkerung ganz ungeheuer gedient? Nun ja, ca. 2.400 Personen hätten eventuell dort die ersten 14 Tage überstehen können. Allzu nahe hätte die Bombe dann aber nicht fallen dürfen, denn nur Bunker, nicht aber Schutzanlagen sind für einen Treffer ausgerichtet und gebaut. Und "der Russe" hätte auch rechtzeitig Bescheid geben müssen, was er Schlimmes plante, denn man brauchte zwei Wochen, um die leeren Räume vorzubereiten und zu bestücken.

Man hätte auch nicht in der Nachbarschaft wohnen dürfen, um hier Unterschlupf zu finden, denn jede(r) hatte doch hoffentlich eine kleine private Anlage daheim schließlich bekam man dafür öffentliche Zuschüsse, und für Notfälle gab es ja auch noch die berühmte Aktentasche, unter der man sein Haupt bergen konnte. Aber wenn man gerade im richtigen Moment vorbeikam, dann durfte man in Richtung U-Bahn in die Haltestelle ,Kalk Post' hinabsteigen, denn die war komplett in den Schutzbau integriert.

den Gleisen, mit Plastikmatratzen zum Schlafen ausgelegt. Die Tunnel waren mit

n der Ahr gab es den Regie- dicht an dicht ein Vier-Etagen-Hochbett nerungsbunker, und auch von ben dem anderen, genau wie in etlichen Räumen der Zwischenebene. Wenn man die gegen hatte ich gehört - aber in sicherte Eingangsschleuse dort passiert, bei Köln, im friedlichen karne- Kontaminationsverdacht in der einzigen valstrunkenen Köln - wo "noch immer alles Dusche geduscht und seine Kleidung gegen einen Papieroverall getauscht hatte (für 14 Tage sicher sehr haltbar), bekam man einen Schlafplatz, der tagsüber durch Herunterklappen der zweiten Ebene auch als Sitzge-

Die Eingeschlossenen mussten sich teilweise selbst organisieren (Essensausgabe u. ä.). Es gab vorgepackte Tagesrationen (kalt). Der Herd in der Küche diente nur dem Erwärmen von Krankentee oder Babynahrung. im Dornröschenschlaf. Und ich hatte, wie Trinkwasser gab es nur in der Krankenstation oder in der Küche und musste täglich geholt werden, aber außer Schlange stehen konnte man ja sowieso nichts tun. Wäschewechsel war wohl nicht vorgesehen, Toiletten und Waschräume gab es, zu wenige und nur mit Vorhang verschließbar. Dazu diente Brauchwasser.

> Man hat sich durchaus Gedanken gemacht über Vorratsmengen, Luftentfeuchtung, Temperaturregelung etc., die technischen Einzelheiten habe ich nicht verstanden. Sie waren hoffentlich einigermaßen sinnvoll. Nach zwei Wochen war dann Schluss mit "sicher". Aber dann musste ja nur noch die vorgesehene Buskarawane mit der für öffentliche Verkehrsmittel berühmten Pünktlichkeit vor dem Ausgang stehen, dann konnten alle gemeinsam in eine wirklich strahlende Zukunft fahren.

Wer's nicht glaubt oder wer sich selbst ein Bild machen will: Herr Schwienbacher hat noch eine Menge mehr zu erzählen. Sein Verein beschäftigt sich ansonsten mit den preußischen Festungsanlagen. Die Abteilung für Kalk heißt DOKK (Dokumentationsstätte Kalter Krieg), bietet jeden Monat eine kos-Unten standen dann zwei Bahnen auf tenlose Führung an und ist im Internet mit Einzelheiten zu finden. Gegen eine Spende kann man auch Extra-Führungen buchen. riesigen Schutztoren gegen Radioaktivi- Für die Mitarbeit werden übrigens noch getät verschlossen, auf den Bahnsteigen stand schichtsinteressierte Ehrenamtler*innen gesucht.





Mehr Große für die Kleinen: **Aufruf zur Demo im Mai**

Bündnis organisiert Großdemo in Düsseldorf für alle Kita-Beschäftigten am 23. Mai 2019 – #M23 // Hella Eberhardt, Referentin für den Bereich Frühkindliche Bildung der GEW NRW (in Vertretung)

#M23: Aufruf zur Demo in Düsseldorf am 23. Mai 2019

Das Aktionsbündnis "Mehr Große für die Kleinen" aus Mitarbeiter*innenvertretungen (MAV), Betriebs- und Personalräten, Landeselternbeirat und den Gewerkschaften ver.di und GEW in NRW greift aktiv in die Debatte um das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) ein. Am 23. Mai 2019 unter dem #23 gehen alle Kolleg*innen aus dem Bereich der frühkindlichen Bildung für ihre Rechte auf die Straße: Mit einer Großdemonstration in Düsseldorf machen wir gemeinsam politischen Druck! Aufgerufen sind alle pädagogischen Kräfte, Eltern, Politiker*innen und alle, die eine bessere Qualität für frühe Bildung fordern.

Es ist Zeit für ein neues Kinderbildungsgesetz in NRW!

Das Bündnis tritt ein für mehr Personal und für mehr Qualität in den Kindertageseinrichtungen. Bündnissprecher Thorsten Böning, MAV-Vorsitzender des Kita-Zweckverbandes im Bistum Essen erklärt: "Eine Neufassung des KiBiz ist überfällig. Nach zehn Jahren Kibiz und einer öffentlichen Debatte über die Mängel der frühkindlichen Bildung, auch hier in NRW, ist es an der Zeit, über die Qualität der Arbeit in den Kitas in unserem Land zu reden."

Multiprofessionelle Arbeit in Kitas braucht mehr Ressourcen!

Co-Sprecherin der Kampagne ist Katharina Schwabedissen, Gewerkschaftssekretärin bei ver.di. Sie betont: "Die Beschäftigten in den Kindertageseinrichtungen leisten multiprofessionelle Arbeit im Sinne und zum Wohle der Kleinsten in NRW. Zu wenig Personal, zu große Gruppen, geringe Löhne und riesige Finanzierungslücken machen aber die Arbeit, wie sie erwartet und gewünscht ist, oft unmöglich. Darunter leiden die Erzieher*innen, die Kinder und ihre Eltern."

Notstand in Kitas bekämpfen: Gute Ausbildung und faire Bezahlung!

Auch die Bildungsgewerkschaft GEW NRW ist im Bündnis vertreten. Maike Finnern, stellvertretende Landesvorsitzende, meint: "Wir haben dringenden Nachbesserungsbedarf bei den Ausbildungskapazitäten und in der Qualität der Ausbildung. Eine bessere Personalausstattung und eine bessere Bezahlung machen den Beruf attraktiver und helfen gegen den Erzieher*innennotstand."

Mehr Große für die Kleinen: Forderungen im Überblick

- Mehr pädagogisches Personal pro Gruppe
- · Personalbemessung nach aktuellen wissenschaftlichen Studien
- Der Personalschlüssel muss sich an den Öffnungszeiten orientieren
- · Kleinere Gruppen
- zusätzliche Auszubildende und Ausbildungsoffensive
- Praxisintegrierte Berufsausbildung (PIA)
- · Verbindliche Vor- und Nachbereitungszeiten
- Freistellung der Leitung und anteilige Freistellung der ständigen Vertretungen
- · Ausreichend Hauswirtschaftskräfte

Weitere Infos unter: http://mehr-grosse-fuer-die-kleinen.de